

Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuern (Schweden), Fassung vom 23.02.2024

Langtitel

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
StF: BGBl. Nr. 39/1960 (NR: GP IX RV 11 AB 23 S. 5. BR: S. 147.)

Änderung

BGBl. Nr. 341/1970 (NR: GP XII RV 11 AB 87 S. 10. BR: S. 292.)
 BGBl. Nr. 132/1993
 BGBl. III Nr. 75/2007 idF BGBl. III Nr. 46/2008 (VFB) (NR: GP XXIII RV 27 AB 58 S. 17. BR: AB 7675 S. 744.)
 BGBl. III Nr. 55/2010

Sonstige Textteile

Nachdem das am 14. Mai 1959 in Stockholm unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, welches also lautet:

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesem Abkommen enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, den 7. November 1959.

Ratifikationstext

Das vorstehende Abkommen ist am 29. Dezember 1959 in Kraft getreten.

Präambel/Promulgationsklausel

Der Bundespräsident der Republik Österreich und Seine Majestät, der König von Schweden sind, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen die Doppelbesteuerung nach Möglichkeit zu vermeiden, übereingekommen, ein Abkommen abzuschließen. Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Anm.: Es folgen die Namen der Bevollmächtigten.)

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Text

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen findet Anwendung auf natürliche und juristische Personen, die ihren Wohnsitz im Sinne des Artikels 2 im Königreich Schweden oder in der Republik Österreich oder in beiden Staaten haben.

(2) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines jeden der beiden Staaten, seiner Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände (auch in Form von Zuschlägen) erhoben werden.

(3) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(4) Zu den Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören zurzeit insbesondere:

1. im Königreich Schweden
 - a) die staatliche Einkommensteuer,
 - b) die Kuponsteuer,
 - c) die Seemannsteuer,
 - d) die Sondersteuer von Aktiengesellschaften auf Ausschüttungen bei Kapitalherabsetzung und bei Nichtausschüttung vorhandener Gewinne,
 - e) die staatliche Vermögensteuer,
 - f) die Waldpflegeabgabe,
 - g) die allgemeine Gemeindesteuer,
 - h) die Abgaben auf besondere Vorteile und Gerechtigkeiten;
2. in der Republik Österreich
 - a) die Einkommensteuer (einschließlich der Lohnsteuer und der Kapitalertragsteuer),
 - b) die Körperschaftsteuer (einschließlich der Kapitalertragsteuer),
 - c) die Vermögensteuer,
 - d) der Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches,
 - e) die Aufsichtsratsabgabe,
 - f) die Gewerbesteuer (einschließlich der Lohnsummensteuer),
 - g) die Grundsteuer.

(5) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den geltenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten werden sich am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mitteilen.

(6) Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten werden im beiderseitigen Einvernehmen etwaige Zweifel darüber klären, für welche Steuern dieses Abkommen zu gelten hat.

(7) Die in diesem Abkommen genannten obersten Finanzbehörden sind auf seiten der Republik Österreich das Bundesministerium für Finanzen und auf seiten des Königreiches Schweden das Finanzministerium oder die Behörde der es übertragen worden ist, an Stelle des Finanzministeriums Fragen dieses Abkommens zu behandeln.

Artikel 2

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte, für die in diesem Abkommen keine Regelung getroffen ist, so hat nur dieser Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten" eine natürliche oder juristische Person, die nach dem Rechte dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres gewöhnlichen Aufenthaltes, des Ortes ihrer tatsächlichen Leitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(3) Ergibt sich nach den Bestimmungen des Absatzes 2 für eine natürliche Person ein Wohnsitz in beiden Staaten, so ist der Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens wie folgt zu ermitteln:

- a) Der Wohnsitz einer natürlichen Person gilt als in dem Staat gelegen, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Staat gelegen, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem der beiden Staaten die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Staat gelegen, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden oder in keinem der beiden Staaten, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Staat gelegen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt;
- d) gehört die Person beiden oder keinem der Staaten an, so werden die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten die Frage im beiderseitigen Einvernehmen regeln.

(4) Ergibt sich nach den Bestimmungen des Absatzes 2 für eine juristische Person ein Wohnsitz in beiden Staaten, so gilt ihr Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens als in dem Staat gelegen, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Leitung befindet. Dasselbe gilt für Personengesellschaften (handelsbolag, kommanditbolag, enkelt bolag, partrederi, gruvbolag) und andere Personenvereinigungen, die nach den für sie maßgebenden innerstaatlichen Gesetzen keine juristischen Personen sind.

Artikel 3

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich des Zubehörs sowie des einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dienenden lebenden und toten Inventars), das in dem anderen Staate liegt, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Berechtigungen, auf welche die privatrechtlichen Vorschriften über Grundstücke Anwendung finden, sind dem unbeweglichen Vermögen gleichzustellen.

(2) Absatz 1 gilt sowohl für die durch unmittelbare Nutzung als auch für die durch Vermietung, Verpachtung und jede andere Art der Nutzung des unbeweglichen Vermögens erzielten Einkünfte, insbesondere aus festen oder veränderlichen Vergütungen für die Ausbeutung von Grund und Boden sowie für Einkünfte, die bei der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen erzielt werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch dann, wenn die genannten Vermögensgegenstände zu einem gewerblichen Unternehmen (Artikel 4 und 7) gehören.

(4) Was als unbewegliches Vermögen oder als Zubehör gilt und was als dem unbeweglichen Vermögen gleichgestellte Berechtigung oder als Nutzungsrecht anzusehen ist, beurteilt sich nach den Gesetzen des Staates, in dem der betreffende Gegenstand oder der Gegenstand, auf den sich das in Rede stehende Recht bezieht, liegt.

Artikel 4

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus einem gewerblichen Unternehmen, dessen Wirkung sich auf das Gebiet des anderen Staates erstreckt, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte nur insoweit, als sie auf eine dort befindliche Betriebsstätte des Unternehmens entfallen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 sind auch auf Einkünfte aus offenen oder stillen Beteiligungen an einem gesellschaftlichen Unternehmen anzuwenden, mit Ausnahme der Beteiligungen in Form von Aktien, Kuxen, Genußscheinen, Obligationen mit Gewinnbeteiligung, sonstigen Wertpapieren sowie der Anteile an Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten sowohl für die durch unmittelbare Nutzung als auch für die durch Vermietung, Verpachtung und jede andere Art der Nutzung des gewerblichen Unternehmens erzielten Einkünfte sowie für Einkünfte aus der Veräußerung eines Unternehmens im ganzen, eines Anteiles am Unternehmen, eines Teilbetriebes oder von Gegenständen, die im Unternehmen benutzt werden.

(4) Der Betriebsstätte sollen diejenigen Einkünfte zugewiesen werden, die sie erzielt hätte, wenn sie sich als selbständiges Unternehmen mit gleichen oder ähnlichen Geschäften unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen befände und Geschäfte wie ein unabhängiges Unternehmen tätigte.

(5) Bei der Ermittlung der aus der Tätigkeit einer Betriebsstätte erzielten Einkünfte ist grundsätzlich vom Bilanzergebnis der Betriebsstätte auszugehen. Dabei sollen alle der Betriebsstätte zurechenbaren Ausgaben einschließlich eines Anteils an den allgemeinen Verwaltungskosten des Unternehmens berücksichtigt, jedoch künstliche Gewinnverlagerungen ausgeschlossen werden; insbesondere ist die Vereinbarung von Zinsen oder Lizenzgebühren zwischen den Betriebsstätten desselben Unternehmens unbeachtlich.

(6) In besonders gelagerten Fällen kann bei der Ermittlung der Einkünfte der Gesamtgewinn des Unternehmens aufgeteilt werden. Bei Versicherungsunternehmen kann in solchen Fällen als Maßstab das Verhältnis der Rohprämieinnahmen der Betriebsstätte zu den gesamten Rohprämieinnahmen des Unternehmens zugrunde gelegt werden. Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten sollen sich zu einem möglichst frühen Zeitpunkt verständigen, wenn dies für die Aufteilung der Einkünfte im einzelnen Fall erforderlich ist.

(7) Absatz 1 ist entsprechend auf die Gewerbesteuer anzuwenden, die von einer anderen Bemessungsgrundlage als den Einkünften erhoben wird.

Artikel 5

(1) Der Begriff "Betriebsstätte" bedeutet eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Als Betriebsstätten gelten insbesondere:

- a) ein Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Bergwerk, ein Steinbruch oder eine andere Sätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebsstätten gelten nicht

- a) die Benutzung von Einrichtungen ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren;
- b) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung;
- c) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Bearbeitung oder Verarbeitung durch ein anderes Unternehmen;
- d) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zum Einkauf von Gütern oder Waren oder zur Beschaffung von Informationen für das Unternehmen;
- e) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zur Werbung, zur Erteilung von Auskünften, zur wissenschaftlichen Forschung oder zur Ausübung ähnlicher Tätigkeiten, die für das Unternehmen vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Eine Person, die in einem der beiden Staaten für ein Unternehmen des anderen Staates tätig ist - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 - gilt als eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte, wenn sie eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens in diesem Staat Verträge abzuschließen, und diese Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines der beiden Staaten wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Staat, weil es dort Geschäftsbeziehungen durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter unterhält, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Die Tatsache, daß eine juristische Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten eine juristische Person beherrscht oder von einer solchen beherrscht wird, die in dem anderen Staat ihren Wohnsitz hat oder dort entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) Geschäftsbeziehungen unterhält, macht für sich allein keine dieser juristischen Personen zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

(1) Wenn ein Unternehmen eines der beiden Staaten vermöge seiner Beteiligung an der Geschäftsführung oder am finanziellen Aufbau eines Unternehmens des anderen Staates mit diesem Unternehmen wirtschaftliche oder finanzielle Bedingungen vereinbart oder ihm solche auferlegt, die von denjenigen abweichen, die mit einem unabhängigen Unternehmen vereinbart würden, so dürfen Einkünfte, die eines der beiden Unternehmen üblicherweise erzielt hätte, aber wegen dieser Bedingungen nicht erzielt hat, den Einkünften dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt sinngemäß im Verhältnis zweier Unternehmen, an deren Geschäftsführung oder Vermögen dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind.

Artikel 7

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus dem Betrieb der Schifffahrt oder der Luftfahrt im internationalen Verkehr, so steht das Besteuerungsrecht abweichend von Artikel 4 für diese Einkünfte nur jenem der beiden Staaten zu, in dem sich der Ort der tatsächlichen Leitung des betreffenden Unternehmens befindet, gleichgültig, ob der Betrieb mit eigenen oder gecharterten Fahrzeugen durchgeführt wird.

(2) Absatz 1 gilt auch, wenn ein Unternehmen der Schifffahrt oder der Luftfahrt eines der beiden Staaten im Gebiet des anderen Staates eine Agentur für die Beförderung von Personen oder Waren betreibt. Dies gilt jedoch nur für Tätigkeiten, die unmittelbar mit dem Betrieb der Schifffahrt oder der Luftfahrt einschließlich des Zubringerdienstes zusammenhängen.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten auch für Beteiligungen von Unternehmen der Luftfahrt an einem Pool oder einer Betriebsgemeinschaft und insbesondere für die Beteiligung der Gesellschaft "Aktiebolaget Aerotransport" an dem Konsortium "Scandinavian Airlines System".

(4) Absatz 1 ist entsprechend auf die Gewerbesteuer anzuwenden, die von einer anderen Bemessungsgrundlage als den Einkünften erhoben wird.

Beachte für folgende Bestimmung

Zum Bezugszeitraum vgl. Art. 2, BGBl. III Nr. 75/2007.

Artikel 8

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus der Veräußerung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, die ihren Wohnsitz in dem anderen Staat hat, so hat nur der erstgenannte Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Werden diese Einkünfte durch eine in dem anderen Staat gelegene Betriebsstätte erzielt, so steht das Besteuerungsrecht auch diesem anderen Staat zu.

(2) Ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels und des Absatzes 1 von Artikel 2 dürfen Einkünfte aus der Veräußerung von Aktien oder anderen Anteilen oder Rechten an einer Kapitalgesellschaft bei einer natürlichen Person, die ihren Wohnsitz in einem der beiden Staaten begründet hat, auch im anderen Staat besteuert werden; dies jedoch nur in Bezug auf jenen Einkünfteteil, der auf die Zeit vor der Begründung des Wohnsitzes im erstgenannten Staat entfällt. Wird eine Beteiligung im Sinn des vorstehenden Satzes zur Gänze oder teilweise veräußert und beträgt die Beteiligung weniger als 1 vom Hundert des Kapitals der Kapitalgesellschaft, sind die Bestimmungen dieses Absatzes nur dann anzuwenden, wenn die Veräußerung innerhalb von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt erfolgt, an dem die natürliche Person ihren Wohnsitz im erstgenannten Staat begründet hat.

Artikel 9

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten aus dem anderen Staat Einkünfte aus Lizenzgebühren oder anderen Vergütungen für die Benützung oder das Recht auf Benützung von Urheberrechten, Patenten, Gebrauchsmustern, Herstellungsverfahren, Warenzeichen oder ähnlichen Rechten (außer Rechten, die die Ausbeutung von Grund und Boden betreffen), so hat nur der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Sind jedoch derartige Vergütungen unverhältnismäßig hoch, so gilt der erste Satz lediglich für den Teil der Vergütungen, der einer angemessenen Gegenleistung entspricht. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Staates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

(2) Lizenzgebühren im Sinne des Absatzes 1, die von einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten an eine Person mit Wohnsitz im anderen Staat bezahlt werden, die zu mehr als 50 vom Hundert am Grund- oder Stammkapital der auszahlenden Kapitalgesellschaft beteiligt ist, können abweichend von den Bestimmungen des Absatzes 1 in dem erstgenannten Staat besteuert werden; die Steuer darf jedoch 10 vom Hundert des Rohbetrages der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Absatz 1 gilt auch für die Einkünfte aus der Veräußerung der dort genannten Rechte.

(4) Wie Lizenzgebühren werden Mietgebühren und ähnliche Vergütungen für die Überlassung kinematographischer Filme, für die Benützung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Überlassung gewerblicher Erfahrungen behandelt.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten eine Betriebsstätte in dem anderen Staat hat und die Einkünfte durch diese Betriebsstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Beachte für folgende Bestimmung

ÜR: Art. 3 BGBl. Nr. 139/1993

Artikel 10

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Dividenden, die von einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in dem anderen Staat gezahlt werden, so hat vorbehaltlich des Absatzes 2 nur der Wohnsitzstaat des Dividendenempfängers das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Staat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ihren Wohnsitz hat, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5% des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 10% des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

(3) Soweit in einem der beiden Staaten die Steuer von inländischen Dividenden im Abzugsweg an der Quelle erhoben wird, wird das Recht dieses Staates, den Steuerabzug in voller Höhe vorzunehmen, durch die Absätze 1 und 2 nicht berührt. Wenn die Steuer im Abzugsweg erhoben wird, ist sie auf Antrag des Dividendenempfängers mit Wohnsitz in dem anderen Staat rückzuerstatten, soweit sie 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden übersteigt. Der Antrag auf Rückerstattung muß innerhalb von zwei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die der Steuer unterliegende Leistung fällig geworden ist, bei der zuständigen Behörde des Staates eingebracht werden, in dem der Dividendenempfänger seinen Wohnsitz hat.

(4) Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie die Bestimmungen der Absätze 2 und 3 durchzuführen sind. Hierbei soll keiner der beiden Staaten verpflichtet werden, Maßnahmen zu treffen, die seiner Gesetzgebung nicht entsprechen.

(5) Bezüglich der Ansprüche, die nach Absatz 3 den Angehörigen diplomatischer oder konsularischer Vertretungen sowie den internationalen Organisationen, ihren Organen und Beamten zustehen, sind die folgenden Regeln anzuwenden:

- a) Bei Angehörigen einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung des einen Staates, die im anderen Staat oder in einem dritten Staat residieren und die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen, gilt der Wohnsitz als in diesem letzteren Staat gelegen, sofern sie dort zur Entrichtung direkter Steuern von Dividenden verpflichtet sind;
- b) internationale Organisationen und ihre Organe sowie die Beamten solcher Organisationen und das Personal diplomatischer oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates, die sich in einem der beiden Staaten aufhalten oder dort residieren und in diesem Staat von der Entrichtung direkter Steuern von Dividenden befreit sind, haben keinen Anspruch auf Entlastung von den im anderen Staat erhobenen Steuern.

(6) Dividenden, die von einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten an eine Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in dem anderen Staat ausgeschüttet werden, sollen in diesem anderen Staat steuerbefreit sein, aber nur insofern die Dividenden gemäß den Gesetzen dieses Staates von der Besteuerung ausgenommen wären, wenn die beiden Gesellschaften ihren Wohnsitz in diesem Staat gehabt hätten. Bei der Anwendung dieser Vorschrift wird in Schweden eine österreichische Gesellschaft mit beschränkter Haftung wie eine Aktiengesellschaft behandelt. Die Steuerbefreiung gilt vorbehaltlich der zur Verhinderung von Steuerumgehungen erlassenen innerstaatlichen Gesetze.

(7) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der Empfänger der Dividenden mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten in dem anderen Staat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ihren Wohnsitz hat, eine Betriebstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 4 anzuwenden.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Begriff "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußaktien oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Kapitalgesellschaft ihren Wohnsitz hat, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind.

Der in diesem Artikel verwendete Begriff "Kapitalgesellschaft", bedeutet juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden.

(9) Bezieht eine Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Staat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Kapitalgesellschaft an Personen zahlt, die nicht in diesem anderen Staat ihren Wohnsitz haben, noch Gewinne der Kapitalgesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in diesem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 10A

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Zinsen aus dem anderen Staat, so hat vorbehaltlich des Absatzes 2 nur der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Werden diese Einkünfte durch eine im anderen Staat gelegene Betriebstätte erzielt, so steht das Besteuerungsrecht diesem anderen Staat zu.

(2) Die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sind sinngemäß anzuwenden. Der Anspruch auf Rückerstattung bezieht sich jedoch auf den Gesamtbetrag der von Zinsen im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuer.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Begriff “Zinsen” bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art, sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem innerstaatlichen Recht der beiden Staaten und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 11

(1) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus freien Berufen, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte nur insoweit, als die Person ihre Tätigkeit in dem anderen Staat unter Benützung einer ihr dort regelmäßig zur Verfügung stehenden ständigen Einrichtung ausübt.

(2) Artikel 4 Absatz 3 gilt sinngemäß.

(3) Als freier Beruf gilt insbesondere die selbständige wissenschaftliche künstlerische schriftstellerische, unterrichtende oder erzieherische Erwerbstätigkeit und die selbständige Erwerbstätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure, Wirtschaftstreuhänder und Patentanwälte.

Artikel 12

Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in dem anderen Staat Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, so steht das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte diesem anderen Staat zu.

Artikel 13

(1) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen), die in dem anderen Staat ausgeübt wird, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Abweichend von Absatz 1 können Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Arbeitnehmer seinen Wohnsitz hat, wenn dieser Arbeitnehmer entweder

- a) sich vorübergehend, insgesamt nicht länger als 183 Tage während eines Kalenderjahres, in dem anderen Staat aufhält und für seine während dieser Zeit ausgeübte Tätigkeit von einem Arbeitgeber entlohnt wird, der seinen Wohnsitz nur in dem erstgenannten Staat hat, und für seine Tätigkeit nicht zu Lasten einer in dem anderen Staat befindlichen Betriebsstätte oder ständigen Einrichtung des Arbeitgebers entlohnt wird, oder
- b) ausschließlich oder vorwiegend an Bord von Flugzeugen eines Unternehmens der Luftfahrt eines der beiden Staaten (insbesondere bei dem Konsortium “Scandinavian Airlines System”) tätig ist.

(3) Wenn die Arbeit ausschließlich oder vorwiegend an Bord von Schiffen ausgeübt wird und der Ort der tatsächlichen Leitung des Unternehmens, das die Fahrzeuge betreibt, sich in einem der beiden Staaten befindet, so gilt im Sinne des Absatzes 1 die Arbeit als in diesem Staat ausgeübt.

(4) Absatz 1 gilt nicht für Studenten einer Hochschule, technischen Schule oder ähnlichen Lehranstalt eines der beiden Staaten, die gegen Entgelt bei einem Unternehmen in dem anderen Staat nicht länger als 100 Tage während eines Kalenderjahres beschäftigt werden, um eine praktische Ausbildung zu erhalten.

Artikel 14

Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus freiberuflicher oder nichtselbständiger Arbeit für Tätigkeiten, die in dem anderen Staat für Unterhaltungsdarbietungen ausgeübt werden, wie zum Beispiel als Bühnen-, Radio-, Fernseh-, Filmkünstler und Schauspieler, Musiker, Artist und Berufssportler, so steht das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte abweichend von den Bestimmungen des Artikels 11 und des Artikels 13 Absatz 2 diesem anderen Staat zu. Die Bestimmungen des Artikels 9 Absatz 1 bleiben unberührt.

Artikel 15

Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten aus dem anderen Staat Ruhegehälter, Witwen- oder Waisenpensionen sowie andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen, so hat nur der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 16

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus Gehältern, Löhnen und ähnlichen Vergütungen oder aus Ruhegehältern, Witwen- und Waisenpensionen, die der andere Staat oder die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechtes jenes anderen Staates für gegenwärtige oder frühere Dienst- oder Arbeitsleistungen gewähren, so hat abweichend von den Bestimmungen der Artikel 13 und 15 nur dieser andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Das gleiche gilt auch für Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung dieses anderen Staates.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung

- a) auf Zahlungen, die an Personen geleistet werden, welche die Staatsangehörigkeit des erstgenannten Staates besitzen,
- b) auf Zahlungen für Dienste, die im Zusammenhang mit einer in Gewinnerzielungsabsicht durchgeführten gewerblichen Tätigkeit einer der in Absatz 1 genannten juristischen Personen geleistet werden oder geleistet worden ist.

(3) Ob eine juristische Person eine solche des öffentlichen Rechtes ist, wird nach den Gesetzen des Staates entschieden, in dem sie errichtet ist.

Artikel 17

Studenten, Lehrlinge, Praktikanten und Volontäre eines der beiden Staaten, die sich nur zu Studien- oder Ausbildungszwecken in dem anderen Staat aufhalten, werden von den für ihren Lebensunterhalt, ihre Studien und ihre Ausbildung empfangenen Bezügen in diesem anderen Staat nicht besteuert, wenn ihnen diese Bezüge aus dem erstgenannten Staat oder sonst aus dem Ausland zufließen.

Artikel 18

(1) Das Besteuerungsrecht für Vermögen einer Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten, soweit es besteht aus:

- a) unbeweglichem Vermögen (Artikel 3),
- b) Vermögen, das einem gewerblichen Unternehmen dient (Artikel 4 und 7),
- c) Vermögen, das der Ausübung freier Berufe dient (Artikel 11),

hat der Staat, dem das Besteuerungsrecht für die Einkünfte aus diesem Vermögen zusteht.

(2) Das Besteuerungsrecht für anderes Vermögen einer Person hat nur der Staat, in dem diese Person ihren Wohnsitz hat.

(3) Hinsichtlich der in den Absätzen 1 und 2 angeführten Fällen finden die Bestimmungen des Artikels 10 Absatz 6 sinngemäß Anwendung.

(4) Das Vermögen einer juristischen Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten darf in dem anderen Staat keiner Besteuerung unterworfen werden, die höher oder belastender ist als die Besteuerung des Vermögens einer juristischen Person derselben oder ähnlicher Art mit Wohnsitz im anderen Staat.

Artikel 19

Die Vorschriften der schwedischen Gesetze über die Einkommens- und Vermögensbesteuerung ruhender Erbschaften finden insoweit keine Anwendung, als für das aus der Erbschaft herrührende Einkommen und Vermögen der Erwerber in Österreich nach den Bestimmungen dieses Abkommens unmittelbar zur Steuer herangezogen wird.

Artikel 20

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte oder hat sie Vermögen, so können diese Einkünfte oder dieses Vermögen - auch wenn das Besteuerungsrecht nach den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens dem anderen Staat zusteht - vorbehaltlich des Absatzes 2 im erstgenannten Staat besteuert werden. Der Staat, in dem die Person ihren Wohnsitz hat, rechnet jedoch

- a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der im anderen Staat gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
- b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der im anderen Staat gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf Einkünfte oder Vermögen entfällt, die der Besteuerung im anderen Staat unterliegen.

(2) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte, die nach Artikel 7 oder nach Artikel 16 Absatz 1 nur im anderen Staat besteuert werden können, oder hat sie Vermögen, das nach Artikel 18 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 7 der Besteuerung nur im anderen Staat unterliegt, so nimmt der erstgenannte Staat diese Einkünfte oder dieses Vermögen von seiner Besteuerung aus; der erstgenannte Staat kann aber bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die betreffenden Einkünfte oder das betreffende Vermögen nicht von der Besteuerung ausgenommen wären. Das gleiche gilt für Einkünfte im Sinne des Artikels 10 Absatz 6 und für Vermögen im Sinne des Artikels 18 Absatz 3.

Artikel 21

Dieses Abkommen berührt nicht den Anspruch auf etwaige weitergehende Befreiungen, die nach den allgemeinen Regein des Völkerrechtes oder besonderen Vereinbarungen den Angehörigen der diplomatischen oder konsularischen Vertretungen zustehen. Soweit auf Grund solcher weitergehenden Befreiungen Einkünfte und Vermögen im Empfangsstaat nicht besteuert werden, bleibt die Besteuerung dem Entsendestaat vorbehalten.

Artikel 22

(1) Weist eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten nach, daß Maßnahmen der Finanzbehörden der beiden Staaten für sie die Wirkung einer Doppelbesteuerung haben oder haben werden, die den Grundsätzen dieses Abkommens widerspricht, so kann sie sich, unbeschadet eines innerstaatlichen Rechtsmittels, an die oberste Finanzbehörde des Staates wenden, in dem sie ihren Wohnsitz hat.

(2) Werden die Einwendungen für begründet erachtet, so soll die nach Absatz 1 zuständige oberste Finanzbehörde, wenn sie auf ihren eigenen Steueranspruch nicht verzichten will, versuchen, sich mit der obersten Finanzbehörde des anderen Staates zu verständigen, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Artikel 23

1. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt.

2. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

3. Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

4. Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den

Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

5. Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen.

Artikel 24

(1) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen der beiden Staaten ist, soweit sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, jeder in diesem Abkommen nicht umschriebene Begriff nach den Gesetzen dieses Staates auszulegen, die sich auf die Steuern im Sinne des Abkommens beziehen.

(2) Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten können bei der Behandlung von Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, unmittelbar miteinander verkehren.

(3) Zur Beseitigung von Schwierigkeiten und Zweifeln, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens auftreten, sowie zur Beseitigung von Härten auf Grund einer Doppelbesteuerung bei den Steuern im Sinne dieses Abkommens in Fällen, die in diesem Abkommen nicht geregelt sind, werden sich die obersten Finanzbehörden verständigen.

Artikel 25

(1) Dieses Abkommen soll ratifiziert werden, und zwar schwedischerseits durch Seine Majestät den König von Schweden mit Zustimmung des Riksdags, österreichischerseits durch den Bundespräsidenten der Republik Österreich. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Wien ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 26

(1) Nach Austausch der Ratifikationsurkunden finden die Bestimmungen des Abkommens Anwendung:

a) in Österreich:

auf die Steuern, die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1958 erhoben werden;

b) in Schweden:

auf die staatliche Einkommensteuer und die allgemeine

Gemeindesteuer, die Gegenstand der Veranlagungen des Kalenderjahres 1960 (hinsichtlich der Einkünfte des Kalenderjahres 1959 oder des entsprechenden Rechnungsjahres) und späterer Kalenderjahre bilden;

auf die Kuponsteuer von Dividenden, die nach dem 31. Dezember 1958 fällig werden;

auf die Seemansteuer, die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1958 erhoben wird;

auf die Abgaben auf besondere Vorteile und Gerechtigkeiten,

die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1958 erhoben werden;

auf die staatliche Vermögensteuer, die Gegenstand der Veranlagung des Kalenderjahres 1960 (hinsichtlich des Vermögens am Ende des Kalenderjahres 1959) und späterer Kalenderjahre bildet;

auf die sonstigen schwedischen Steuern, die Gegenstand der Veranlagungen des Kalenderjahres 1960 und späterer Kalenderjahre bilden.

(2) Für die Steuern, die für die Zeit bis zur Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens erhoben werden, sind die Bestimmungen des durch den Notenwechsel vom 19. Juli 1951 (ergänzt durch den Notenwechsel vom 14. August 1956) zur Vermeidung der Doppelbesteuerung vereinbarten Gegenseitigkeitsverhältnisses anzuwenden.

Artikel 27

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der beiden Staaten gekündigt worden ist. Jeder Staat kann das Abkommen unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist auf das Ende eines Kalenderjahres kündigen. In diesem Falle wird das Abkommen letztmals angewendet:

a) in Österreich:

auf die Steuern, die für die Zeit bis zum 31. Dezember des Jahres erhoben werden, zu dessen Ende die Kündigung erfolgt ist;

b) in Schweden:

auf die staatliche Einkommensteuer, die staatliche Vermögensteuer und die allgemeine Gemeindesteuer, die Gegenstand der Veranlagungen des Kalenderjahres, das auf das Kündigungsjahr folgt, bilden;

auf die Kuponsteuer von Dividenden, die während des Kündigungsjahres fällig werden;

auf die Seemannsteuer, die für das Kündigungsjahr erhoben wird;

auf die Abgaben auf besondere Vorteile und Gerechtigkeiten, die für das Kündigungsjahr erhoben werden;

auf die sonstigen schwedischen Steuern, die Gegenstand der Veranlagungen des Kalenderjahres, das auf das Kündigungsjahr folgt, bilden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Stockholm am 14. Mai 1959 in je zweifacher Ausfertigung in deutscher und schwedischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Protokolls zur Abänderung des am 14. Mai 1959 unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, in der Fassung des am 6. April 1970 unterzeichneten Protokolls, des am 5. November 1991 unterzeichneten Protokolls und des am 21. August 2006 unterzeichneten Protokolls, das heute zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Zu Artikel 23:

1. Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftsersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;

b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;

c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;

d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;

e) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;

f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

2. Es besteht Einvernehmen darüber, dass der Maßstab von „voraussichtlich erheblich“ für einen Informationsaustausch in Steuersachen im weitest möglichen Umfang sorgen soll und gleichzeitig klarstellen soll, dass die Vertragsstaaten nicht frei sind, Maßnahmen, die lediglich der Beweisausforschung („fishing expeditions“) dienen, zu unternehmen oder um Auskünfte zu ersuchen, die wahrscheinlich für die steuerliche Situation eines bestimmten Steuerpflichtigen nicht erheblich sind.

3. Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 23 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.

4. Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 23 des Abkommens neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus dem Kommentar zum OECD-Musterabkommen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

Artikel 2

(Anm.: Zu Art. 8, BGBl. Nr. 39/1960)

1. Die Vertragsstaaten teilen einander schriftlich auf diplomatischem Weg mit, dass alle gesetzlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Protokolls erfüllt sind.
2. Das Protokoll tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt des Empfanges der späteren der beiden Mitteilungen in Kraft.
3. Das Protokoll ist auf Steuern anzuwenden, die von Einkünften zu erheben sind, die am oder nach dem 1. Jänner 2007 bezogen werden.

Artikel 8 Abs. 2 findet hingegen nur auf Einkünfte Anwendung, die von einer natürlichen Person bezogen werden, die am oder nach dem Tag der Unterzeichnung des Protokolls ihren Wohnsitz im erstgenannten Staat im Sinn des neuen Artikels 8 begründet hat.

4. Das Protokoll bleibt so lange wie das Abkommen in Kraft.

Artikel 3 - ÜR

1. Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Wien ausgetauscht.
2. Dieses Protokoll tritt am 1. Tag des dritten Monats, der dem Monat folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat, in Kraft, und seine Bestimmungen finden für Veranlagungsjahre Anwendung, die am oder nach dem 1. Jänner des Jahres beginnen, das jenem Jahr folgt, in dem das Protokoll in Kraft getreten ist.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2010

Ausgegeben am 17. Juni 2010

Teil III

55. Protokoll zur Abänderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
(NR: GP XXIV RV 585 AB 620 S. 59. BR: AB 8301 S. 783.)

55.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Protokoll zur Abänderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

[Protokoll in deutscher Sprache siehe Anlagen]

[Protokoll in schwedischer Sprache siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 3 des Protokolls wurden am 4. Mai bzw. 17. Mai 2010 (eingelangt am 18. Mai 2010) abgegeben; das Protokoll tritt daher gemäß derselben Bestimmung am 16. Juni 2010 in Kraft.

Faymann

PROTOKOLL

ZUR ABÄNDERUNG DES ABKOMMENS ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH
UND DEM KÖNIGREICH SCHWEDEN ZUR VERMEIDUNG DER
DOPPELBESTEuerung AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN
UND VOM VERMÖGEN

Die Republik Österreich und das Königreich Schweden, von dem Wunsch geleitet, ein Protokoll zur Abänderung des am 14. Mai 1959¹ unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in der Fassung des am 6. April 1970² unterzeichneten Protokolls, des am 5. November 1991³ unterzeichneten Protokolls und des am 21. August 2006⁴ unterzeichneten Protokolls (im Folgenden „Abkommen“ genannt) abzuschließen,

Sind wie folgt übereingekommen:

¹ Kundgemacht in BGBl. Nr. 39/1960.

² Kundgemacht in BGBl. Nr. 341/1970.

³ Kundgemacht in BGBl. Nr. 132/1993.

⁴ Kundgemacht in BGBl. III Nr. 75/2007 idF BGBl. III Nr. 46/2008 (VFB).

Artikel 1

Artikel 23 des Abkommens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

“Artikel 23

1. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt.

2. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

3. Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

4. Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

5. Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen."

Artikel 2

Das folgende Protokoll wird dem Abkommen angefügt:

„PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Protokolls zur Abänderung des am 14. Mai 1959 unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, in der Fassung des am 6. April 1970 unterzeichneten Protokolls, des am 5. November 1991 unterzeichneten Protokolls und des am 21. August 2006 unterzeichneten Protokolls, das heute zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Zu Artikel 23:

1. Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die gesuchten Auskünfte einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
- f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

2. Es besteht Einvernehmen darüber, dass der Maßstab von „voraussichtlich erheblich“ für einen Informationsaustausch in Steuersachen im weitest möglichen Umfang sorgen soll und gleichzeitig klarstellen soll, dass die Vertragsstaaten nicht frei sind, Maßnahmen, die lediglich der Beweisausforschung („fishing expeditions“) dienen, zu unternehmen oder um Auskünfte zu ersuchen, die wahrscheinlich für die steuerliche Situation eines bestimmten Steuerpflichtigen nicht erheblich sind.

3. Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 23 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.

4. Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 23 des Abkommens neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus dem Kommentar zum OECD-Musterabkommen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.“

Artikel 3

Die Vertragsstaaten teilen einander schriftlich auf diplomatischem Weg mit, dass alle rechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Protokolls abgeschlossen sind. Das Protokoll tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt des Empfanges der späteren der oben genannten Mitteilungen in Kraft. Die Bestimmungen des Protokolls finden Anwendung auf alle Steuerzeiträume, die am oder nach dem 1. Jänner 2010 beginnen. Artikel 23 des am 14. Mai 1959 unterzeichneten Abkommens, in der Fassung des am 6. April 1970 unterzeichneten Protokolls, des am 5. November 1991 unterzeichneten Protokolls und des am 21. August 2006 unterzeichneten Protokolls bleibt für die Steuerzeiträume vor dem Anwendungszeitraum dieses Protokolls weiter anwendbar.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 17. Dezember 2009 in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher und schwedischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik

Österreich:

Andreas Schieder m.p.

Für das Königreich

Schweden:

Hans Lundborg m.p.

PROTOKOLL

OM ÄNDRING I AVTALET MELLAN REPUBLIKEN ÖSTERRIKE OCH KONUNGARIKET
SVERIGE FÖR UNDVIKANDE AV DUBBELBESKATTNING BETRÄFFANDE SKATTER Å
INKOMST OCH FÖRMÖGENHET

Republiken Österrike och Konungariket Sverige, som önskar ingå ett protokoll om ändring i avtalet för undvikande av dubbelbeskattning beträffande skatter å inkomst och förmögenhet undertecknat den 14 maj 1959, såsom ändrat genom protokoll undertecknade den 6 april 1970, den 5 november 1991 och den 21 augusti 2006 (i det följande benämnt "avtalet"),

har kommit överens om följande:

Artikel 1

Artikel 23 i avtalet ska ersättas av följande:

”Artikel 23

1. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna ska utbyta sådana upplysningar som kan antas vara relevanta vid tillämpningen av bestämmelserna i detta avtal eller för administration eller verkställighet av intern lagstiftning i fråga om skatter av varje slag och beskaffenhet som tas ut för de avtalsslutande staterna eller för deras politiska underavdelningar eller lokala myndigheter, om beskattningen enligt denna lagstiftning inte strider mot avtalet. Utbytet av upplysningar begränsas inte av artikel 1.

2. Upplysningar som en avtalsslutande stat tagit emot enligt paragraf 1 ska behandlas som hemliga på samma sätt som upplysningar som erhållits enligt den interna lagstiftningen i denna stat och får yppas endast för personer eller myndigheter (däri inbegripet domstolar och förvaltningsorgan) som fastställer, uppbär eller driver in de skatter som åsyftas i paragraf 1 eller handlägger åtal eller överklagande i fråga om dessa skatter eller som utövar tillsyn över nämnda verksamheter. Dessa personer eller myndigheter får använda upplysningarna bara för sådana ändamål. De får yppa upplysningarna vid offentlig rättegång eller i domstolsavgöranden. Utan hinder av detta kan upplysningar som en avtalsslutande stat mottagit användas för andra ändamål då sådana upplysningar kan användas för sådana andra ändamål enligt lagstiftningen i båda staterna och den behöriga myndigheten i den stat som lämnar upplysningarna tillåter sådan användning.

3. Bestämmelserna i paragraferna 1 och 2 medför inte skyldighet för en avtalsslutande stat att:

a) vidta förvaltningsåtgärder som avviker från lagstiftning och administrativ praxis i denna avtalsslutande stat eller i den andra avtalsslutande staten,

b) lämna upplysningar som inte är tillgängliga enligt lagstiftning eller sedvanlig administrativ praxis i denna avtalsslutande stat eller i den andra avtalsslutande staten,

c) lämna upplysningar som skulle röja affärshemlighet, industri-, handels- eller yrkeshemlighet eller i näringsverksamhet nyttjat förfaringssätt eller upplysningar, vilkas överlämnande skulle strida mot allmänna hänsyn (ordre public).

4. Då en avtalsslutande stat begär upplysningar enligt denna artikel ska den andra avtalsslutande staten använda de medel som denna stat förfogar över för att inhämta de begärda upplysningarna, även om denna andra stat inte har behov av upplysningarna för sina egna beskattningsändamål. Förpliktelsen i föregående mening begränsas av bestämmelserna i paragraf 3, men detta medför inte en rätt för en avtalsslutande stat att vägra att lämna upplysningar uteslutande därför att denna stat inte har något eget intresse av sådana upplysningar.

5. Bestämmelserna i paragraf 3 medför inte en rätt för en avtalsslutande stat att vägra att lämna upplysningar uteslutande därför att upplysningarna innehas av en bank, annan finansiell institution, ombud, representant eller förvaltare eller därför att upplysningarna gäller äganderätt i en person.”

Artikel 2

Följande protokoll ska fogas till avtalet:

”PROTOKOLL

Vid undertecknandet av protokollet om ändring i avtalet för undvikande av dubbelbeskattning beträffande skatter å inkomst och förmögenhet undertecknat den 14 maj 1959, såsom ändrat genom protokoll undertecknade den 6 april 1970, den 5 november 1991 och den 21 augusti 2006, mellan Republiken Österrike och Konungariket Sverige denna dag har undertecknade kommit överens om att följande bestämmelser ska utgöra en integrerande del av avtalet.

Till artikel 23:

1. Vid begäran om upplysningar enligt detta avtal ska den behöriga myndigheten i den anmodande staten till den behöriga myndigheten i den anmodade staten lämna följande upplysningar, för att visa att de efterfrågade upplysningarna kan antas vara relevanta:

a) identiteten på den person som är föremål för utredning eller undersökning,

b) uppgift om de begärda upplysningarna, inbegripet deras närmare beskaffenhet och i vilken form som den anmodande staten önskar att få upplysningarna från den anmodade staten,

- c) det beskattningsändamål för vilket upplysningarna efterfrågas,
 - d) skälen för att anta att de begärda upplysningarna finns i den anmodade staten eller innehas eller kontrolleras av person inom den anmodade statens jurisdiktion,
 - e) såvitt det är känt, namn och adress på person som kan antas inneha de begärda upplysningarna,
 - f) uppgift om att den anmodande staten har vidtagit alla åtgärder för att inhämta upplysningarna som står till dess förfogande inom dess eget territorium, utom sådana åtgärder som skulle medföra oproportionerligt stora svårigheter.
2. Kriteriet "kan antas vara relevant" avses dels möjliggöra vidast möjliga informationsutbyte i skatteärenden, dels klargöra att det inte står en avtalsslutande stat fritt att genomföra s.k. "fishing expeditions" eller att begära upplysningar som inte kan antas vara relevanta för ett skatteärende avseende en bestämd skattskyldig.
3. Artikel 23 paragraf 5 i avtalet medför inte en skyldighet för de avtalsslutande staterna att utbyta upplysningar på spontan eller automatisk basis.
4. Vid tolkningen av artikel 23 i avtalet ska – i tillägg till ovan nämnda principer – även de principer som kommer till uttryck i kommentaren till OECD:s modell för skatteavtal beträffande inkomst och förmögenhet beaktas."

Artikel 3

De avtalsslutande staterna ska på diplomatisk väg skriftligen underrätta varandra när de konstitutionella åtgärder som krävs för att detta protokoll ska träda i kraft har vidtagits. Detta protokoll träder i kraft den trettionde dagen efter den dag då den sista av dessa underrättelser tas emot. Bestämmelserna i detta protokoll tillämpas på beskattningsperiod som börjar den 1 januari 2010 eller senare. Artikel 23 i avtalet undertecknat den 14 maj 1959, såsom ändrat genom protokoll undertecknade den 6 april 1970, den 5 november 1991 och den 21 augusti 2006 tillämpas på beskattningsperioder före tillämpningen av detta protokoll.

Till bekräftelse härav har de båda avtalsslutande staternas befullmäktigade ombud undertecknat detta protokoll.

Som skedde i Wien den 17 december 2009 i vardera två originalexemplar på tyska och svenska språken, vilka båda texter äger lika vitsord.

För Republiken Österrike:

För Konungariket Sverige:

Andreas Schieder m.p.

Hans Lundborg m.p.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2008

Ausgegeben am 22. April 2008

Teil III

46. Kundmachung: Berichtigung von Verlautbarungen im Bundesgesetzblatt

46. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend die Berichtigung von Verlautbarungen im Bundesgesetzblatt

Auf Grund des § 10 des Bundesgesetzblattgesetzes – BGBIG, BGBl. I Nr. 100/2003, wird kundgemacht:

Das Protokoll zur Abänderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, BGBl. III Nr. 75/2007, wird wie folgt geändert:

Im deutschen Abkommenstext lautet die zweite Fußnote statt „Kundgemacht in BGBl. Nr. 341/1971.“ richtig „Kundgemacht in BGBl. Nr. 341/1970.“

Gusenbauer

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2007

Ausgegeben am 9. Juli 2007

Teil III

75. Protokoll zur Abänderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
(NR: GP XXIII RV 27 AB 58 S. 17. BR: AB 7675 S. 744.)

75.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird genehmigt.

Protokoll zur Abänderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

[deutscher Abkommenstext siehe Anlagen]

[schwedischer Abkommenstext siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 2 Abs. 1 des Protokolls wurden am 18. Dezember 2006 bzw. 16. Mai 2007 (eingelangt am 24. Mai 2007) abgegeben; das Protokoll ist daher gemäß seinem Art. 2 Abs. 2 am 23. Juni 2007 in Kraft getreten.

Gusenbauer

PROTOKOLL

ZUR ABÄNDERUNG DES ABKOMMENS ZWISCHEN

DER REPUBLIK ÖSTERREICH

UND

DEM KÖNIGREICH SCHWEDEN

ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung AUF DEM GEBIETE DER
STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

Die Republik Österreich und das Königreich Schweden, von dem Wunsche geleitet, ein Protokoll zur Abänderung des am 14. Mai 1959 unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen¹ in der Fassung des am 6. April 1970 unterzeichneten ersten Protokolls² und des am 5. November 1991 unterzeichneten zweiten Protokolls³ (im Folgenden als "Abkommen" bezeichnet) abzuschließen,

Haben Folgendes vereinbart:

¹ Kundgemacht in BGBl. Nr. 39/1960.

² Kundgemacht in BGBl. Nr. 341/1971.

³ Kundgemacht in BGBl. Nr. 132/1993.

Artikel 1

Artikel 8 des Abkommens wird aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

”Artikel 8

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus der Veräußerung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, die ihren Wohnsitz in dem anderen Staat hat, so hat nur der erstgenannte Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Werden diese Einkünfte durch eine in dem anderen Staat gelegene Betriebstätte erzielt, so steht das Besteuerungsrecht auch diesem anderen Staat zu.

(2) Ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels und des Absatzes 1 von Artikel 2 dürfen Einkünfte aus der Veräußerung von Aktien oder anderen Anteilen oder Rechten an einer Kapitalgesellschaft bei einer natürlichen Person, die ihren Wohnsitz in einem der beiden Staaten begründet hat, auch im anderen Staat besteuert werden; dies jedoch nur in Bezug auf jenen Einkünfteteil, der auf die Zeit vor der Begründung des Wohnsitzes im erstgenannten Staat entfällt. Wird eine Beteiligung im Sinn des vorstehenden Satzes zur Gänze oder teilweise veräußert und beträgt die Beteiligung weniger als 1 vom Hundert des Kapitals der Kapitalgesellschaft, sind die Bestimmungen dieses Absatzes nur dann anzuwenden, wenn die Veräußerung innerhalb von fünf Jahren nach dem Zeitpunkt erfolgt, an dem die natürliche Person ihren Wohnsitz im erstgenannten Staat begründet hat.”

Artikel 2

1. Die Vertragsstaaten teilen einander schriftlich auf diplomatischem Weg mit, dass alle gesetzlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Protokolls erfüllt sind.
2. Das Protokoll tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt des Empfanges der späteren der beiden Mitteilungen in Kraft.
3. Das Protokoll ist auf Steuern anzuwenden, die von Einkünften zu erheben sind, die am oder nach dem 1. Jänner 2007 bezogen werden. Artikel 8 Abs. 2 findet hingegen nur auf Einkünfte Anwendung, die von einer natürlichen Person bezogen werden, die am oder nach dem Tag der Unterzeichnung des Protokolls ihren Wohnsitz im erstgenannten Staat im Sinn des neuen Artikels 8 begründet hat.
4. Das Protokoll bleibt so lange wie das Abkommen in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN ZU Stockholm am 21. August 2006 in zweifacher Ausfertigung, in deutscher und schwedischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die
Republik Österreich:

Arthur Winkler-Hermaden m.p.

Für das
Königreich Schweden:

Magdalena Andersson m.p.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1993

Ausgegeben am 19. Februar 1993

55. Stück

~~130. Kundmachung: Geltungsbereich der drei am 20. April 1921 zu Barcelona abgeschlossenen Übereinkommen (Übereinkommen und Statut über die Freiheit des Durchgangsverkehrs, Übereinkommen und Statut über das Regime der schiffbaren Wasserwege von internationaler Bedeutung sowie Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen über das Regime der schiffbaren Wasserwege von internationaler Bedeutung)~~

~~131. Kundmachung: Geltungsbereich der Erklärung über die Anerkennung des Flaggenrechtes der Staaten ohne Meeresküste~~

132. Protokoll zur Abänderung des am 14. Mai 1959 in Stockholm unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und des am 6. April 1970 in Stockholm unterzeichneten Protokolls (NR: GP XVIII RV 646 VV S. 88. BR: AB 4380 S. 561.)

~~130. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich der drei am 20. April 1921 zu Barcelona abgeschlossenen Übereinkommen (Übereinkommen und Statut über die Freiheit des Durchgangsverkehrs, Übereinkommen und Statut über das Regime der schiffbaren Wasserwege von internationaler Bedeutung sowie Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen über das Regime der schiffbaren Wasserwege von internationaler Bedeutung)~~

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt bzw. erklärt, sich auch nach Erlangung der Unabhängigkeit an nachstehende Übereinkommen gebunden zu erachten:

1. Übereinkommen und Statut über die Freiheit des Durchgangsverkehrs *)

Staaten: Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bzw. Kontinuitätsklärung:
Antigua und Barbuda 25. Oktober 1988
Kambodscha 12. April 1971
Kroatien und Slowenien haben erklärt, sich mit Wirksamkeit vom 8. Oktober 1991 bzw. 25. Juni 1992 an dieses Übereinkommen gebunden zu erachten.

2. Übereinkommen und Statut über das Regime der schiffbaren Wasserwege von internationaler Bedeutung *)

Staaten: Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bzw. Kontinuitätsklärung:
Antigua und Barbuda 25. Oktober 1988
Griechenland 3. Jänner 1928
Kambodscha 12. April 1971
Indien hat erklärt, sich mit Wirksamkeit vom 26. März 1957 nicht mehr an das Übereinkommen gebunden zu erachten.

3. Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen über das Regime der schiffbaren Wasserwege von internationaler Bedeutung *)

Staaten: Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bzw. Kontinuitätsklärung:
Antigua und Barbuda 25. Oktober 1988
Griechenland 3. Jänner 1928
Indien hat erklärt, sich mit Wirksamkeit vom 26. März 1957 nicht mehr an das Zusatzprotokoll gebunden zu erachten.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 429/1924, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 168/1986

Vranitzky

131. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich der Erklärung über die Anerkennung des Flaggenrechtes der Staaten ohne Meeresküste

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende Staaten ihre Beitrittsurkunden zur Erklärung über die Anerkennung des Flaggenrechtes der Staaten ohne Meeresküste (BGBl. Nr. 430/1924, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 394/1967) hinterlegt bzw. erklärt, sich auch nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit an diese Erklärung gebunden zu erachten:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde bzw. Kontinuitätsklärung:
Antigua und Barbuda	25. Oktober 1988
Fidschi	15. März 1972
Lesotho	23. Oktober 1973
Malawi	11. Juni 1969
Mauritius	18. Juli 1969
Mongolei	15. Oktober 1976
Salomonen	3. September 1981
Swasiland	16. Oktober 1970
Ungarn	18. Mai 1928
Kroatien hat erklärt, sich mit Wirksamkeit vom 3. August 1992 an diese Erklärung gebunden zu erachten.	

Vranitzky

132.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

PROTOKOLL

ZUR ABÄNDERUNG DES AM 14. MAI 1959 IN STOCKHOLM UNTERZEICHNETEN ABKOMMENS ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM KÖNIGREICH SCHWEDEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN UND DES AM 6. APRIL 1970 IN STOCKHOLM UNTERZEICHNETEN PROTOKOLLS

Die Republik Österreich und das Königreich Schweden;

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Protokoll zur Abänderung des am 14. Mai 1959 *) in Stockholm unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und des am 6. April 1970 **) in Stockholm unterzeichneten Protokolls (im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) abzuschließen;

HABEN folgendes vereinbart:

Artikel 1

Artikel 10 Abs. 2 des Abkommens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Staat, in dem die die Dividenden zahlende

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 39/1960

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 341/1970

PROTOKOLL

OM ÄNDRING I DET I STOCKHOLM DEN 14 MAJ 1959 UNDERTECKNADE AVTALET MELLAN REPUBLIKEN ÖSTERRIKE OCH KONUNGARIKET SVERIGE FÖR UNDVIKANDE AV DUBBELBESKATTNING BETRÄFFANDE SKATTER Å INKOMST OCH FÖRMÖGENHET SAMT I DET I STOCKHOLM DEN 6 APRIL 1970 UNDERTECKNADE PROTOKOLLET

Republiken Österrike och Konungariket Sverige;

FÖRANLEDDA AV ÖNSKAN ATT under-teckna ett protokoll om ändring i det i Stockholm den 14 maj 1959 under-tecknade avtalet mellan Republiken Österrike och Konungariket Sverige för undvikande av dubbelbeskattning beträffande skatter å inkomst och förmögenhet samt i det i Stockholm den 6 april 1970 under-tecknade protokollet (i det följande benämmt „avtalet“);

HAR kommit överens om följande:

Artikel 1

Artikel 10 paragraf 2 i avtalet skall ersättas med följande bestämmelse:

„§ 2. Utdelningen får emellertid beskattas även i den stat där bolaget som betalar utdelningen har

Gesellschaft ihren Wohnsitz hat, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5% des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 10% des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.“

Artikel 2

Im Absatz 6 des Artikels 10 des Abkommens wird folgender Satz angefügt:

„Die Steuerbefreiung gilt vorbehaltlich der zur Verhinderung von Steuerumgehungen erlassenen innerstaatlichen Gesetze.“

Artikel 3

1. Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Wien ausgetauscht.

2. Dieses Protokoll tritt am 1. Tag des dritten Monats, der dem Monat folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat, in Kraft, und seine Bestimmungen finden für Veranlagungsjahre Anwendung, die am oder nach dem 1. Jänner des Jahres beginnen, das jenem Jahr folgt, in dem das Protokoll in Kraft getreten ist.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Protokoll unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN ZU Stockholm am 5. November 1991, in zweifacher Ausfertigung, in deutscher und schwedischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Pleinert

Für das Königreich Schweden:

Bo Lundgren

hemvist, enligt lagstiftningen i denna stat, men om mottagaren har rätt till utdelningen får skatten inte överstiga:

- a) 5 procent av utdelningens bruttobelopp, om den som har rätt till utdelningen är ett bolag (med undantag för handelsbolag) som direkt behärskar minst 25 procent av det utbetalande bolagets kapital;
- b) 10 procent av utdelningens bruttobelopp i övriga fall.“

Artikel 2

Följande mening skall läggas till i Artikel 10 paragraf 6 i avtalet:

„Skattebefrielsen är villkorad av bestämmelser i intern lagstiftning som syftar till att förhindra skatteflykt.“

Artikel 3

1. Detta protokoll skall ratificeras. Ratifikationshandlingarna skall snarast möjligt utväxlas i Wien.

2. Detta protokoll träder i kraft den första dagen i den tredje månaden som infaller närmast efter den månad då utväxlingen av ratifikationshandlingarna skedde och dess bestämmelser skall tillämpas avseende beskattningsår som börjar den 1 januari året närmast efter det kalenderår då protokollet träder i kraft eller senare.

TILL BEKRÄFTELSE HÄRAV har de båda staternas befullmäktigade ombud undertecknat detta protokoll och försett detsamma med sina sigill.

SOM SKEDDE I Stockholm den 5 november 1991, i vardera två originalexemplar på tyska och svenska språken, vilka båda texter äger lika vitsord.

För Republiken Österrike:

Pleinert

För Konungariket Sverige:

Bo Lundgren

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 3. Februar 1993 ausgetauscht; das Protokoll tritt gemäß seinem Artikel 3 Abs. 2 mit 1. Mai 1993 in Kraft.

Vranitzky

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1970

Ausgegeben am 30. November 1970

86. Stück

- ~~335. Bundesgesetz: AUA-Finanzierungsgesetz~~
- ~~336. Verordnung: Scheidemünzen zu 50 Schilling „100. Geburtstag von Bundespräsident Dr. Karl Renner“~~
- ~~337. Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht~~
- ~~338. Übereinkommen zwischen dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich und dem Minister für Finanzen der Sozialistischen Republik Rumänien über die steuerliche Behandlung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auf der Straße~~
- ~~339. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der österreichisch-deutschen Grenze bei Staustufen und Grenzbrücken ergeben samt Anlagen und Briefwechsel~~
- ~~340. Notenwechsel zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den Verzicht auf gewisse administrative und phytosanitäre Behinderungen bei der Einfuhr von Pflanzen, Pflanzenteilen, Pflanzenerzeugnissen und Erde~~
- 341. Protokoll zur Abänderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

~~335. Bundesgesetz vom 30. Oktober 1970 über weitere Maßnahmen zur Finanzierung der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft (AUA-Finanzierungsgesetz)~~

~~Der Nationalrat hat beschlossen:~~

~~Artikel I~~

~~§ 1. Die Verpflichtungen aus den von der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft, mit Haftung des Bundes im Sinne des Bundesgesetzes vom 1. März 1967, BGBl. Nr. 82, im Ausland aufgenommenen Krediten sind mit Wirkung 31. Dezember 1969 von der Republik Österreich zu erfüllen.~~

~~§ 2. Die Republik Österreich verzichtet mit Wirkung vom 31. Dezember 1969 auf die Ausübung des ihr auf Grund der Erfüllung der Verpflichtungen gemäß § 1 gegenüber der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft, zustehenden Regreßrechtes.~~

~~§ 3. Ergibt sich durch die Maßnahmen gemäß §§ 1 und 2 bei der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft, für das Geschäftsjahr 1969 ein Reingewinn, so ist dieser der gesetzlichen Rücklage zuzuweisen.~~

~~Artikel II~~

~~§ 4. (1) Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, für die von der Austrian Airlines, Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft, zur Anschaffung von neuen Mittelstreckenflugzeugen samt dazugehörigen Fluginstrumenten und Ersatzteilen im In- und Ausland aufzunehmenden Darlehen und sonstigen Krediten namens des Bundes die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) zu übernehmen.~~

~~(2) Der Bundesminister für Finanzen darf von der in Abs. 1 erteilten Ermächtigung nur dann Gebrauch machen, wenn~~

- ~~a) der jeweils ausstehende Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 1900 Millionen Schilling einschließlich Zinsen und Kosten nicht übersteigt;~~
- ~~b) die Kreditoperation im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von 700 Millionen Schilling einschließlich Zinsen und Kosten nicht übersteigt;~~
- ~~c) die Laufzeit der Finanzoperation 20 Jahre nicht übersteigt;~~
- ~~d) die prozentuelle Gesamtbelastung der Kreditoperation in inländischer Währung unter~~

341.

Nachdem das am 6. April 1970 in Stockholm unterzeichnete Protokoll zur Abänderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, welches also lautet:

Protokoll zur Abänderung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen *)

Der Bundespräsident der Republik Österreich und Seine Majestät, der König von Schweden, von dem Wunsche geleitet, ein Protokoll zur Abänderung des am 14. Mai 1959 in Stockholm unterzeichneten Abkommens zwischen den vertragschließenden Parteien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) abzuschließen, haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:

Herrn Dr. Karl Herbert Schober, Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter.

Seine Majestät der König von Schweden:

Herrn Torsten Nilsson, Minister für Auswärtige Angelegenheiten.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

Artikel I

Änderung des Abkommens

1. Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens erhält folgende neue Fassung:

„(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte, für die in diesem Abkommen keine Regelung getroffen ist, so hat nur dieser Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.“

2. Artikel 8 des Abkommens erhält folgende neue Fassung:

*) Siehe BGBl. Nr. 39/1960

Protokoll rörande ändring i avtalet mellan Konungariket Sverige och Republiken Österrike för undvikande av dubbelbeskattning beträffande skatter å inkomst och förmögenhet

Hans Majestät Konungen av Sverige och Republiken Österrikes President har, föranledda av önskan att underteckna ett protokoll rörande ändring i det avtal mellan de avtalslutande parterna som undertecknats i Stockholm den 14 maj 1959 för undvikande av dubbelbeskattning beträffande skatter å inkomst och förmögenhet (i det följande benämmt "avtalet"), för detta ändamål till befullmäktigade ombud utsett:

Hans Majestät Konungen av Sverige:

Ministern för utrikes ärendena
Torsten Nilsson.

Republiken Österrikes President:

Sitt utomordentliga och befullmäktigade
sändebud
Dr. Karl Herbert Schober.

De befullmäktigade ombuden har, efter att ha utväxlat sina fullmakter som befunnits i god och behörig form, överenskommit om följande bestämmelser:

Artikel I

Ändringar i avtalet

1. Artikel 2 paragraf 1 i avtalet erhåller följande nya lydelse:

”§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna uppbär inkomst, beträffande vilken ingen bestämmelse meddelats i detta avtal, äger endast denna stat beskatta inkomsten i fråga.”

2. Artikel 8 i avtalet erhåller följande nya lydelse:

„Artikel 8

Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus der Veräußerung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, die ihren Wohnsitz in dem anderen Staat hat, so hat nur der erstgenannte Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Werden diese Einkünfte durch eine in dem anderen Staat gelegene Betriebsstätte erzielt, so steht das Besteuerungsrecht auch diesem anderen Staat zu.“

3. Artikel 9 Absätze 1 und 2 des Abkommens erhalten folgende neue Fassung:

„(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten aus dem anderen Staat Einkünfte aus Lizenzgebühren oder anderen Vergütungen für die Benützung oder das Recht auf Benützung von Urheberrechten, Patenten, Gebrauchsmustern, Herstellungsverfahren, Warenzeichen oder ähnlichen Rechten (außer Rechten, die die Ausbeutung von Grund und Boden betreffen), so hat nur der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Sind jedoch derartige Vergütungen unverhältnismäßig hoch, so gilt der erste Satz lediglich für den Teil der Vergütungen, der einer angemessenen Gegenleistung entspricht. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Staates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

(2) Lizenzgebühren im Sinne des Absatzes 1, die von einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten an eine Person mit Wohnsitz im anderen Staat bezahlt werden, die zu mehr als 50 vom Hundert am Grund- oder Stammkapital der auszahlenden Kapitalgesellschaft beteiligt ist, können abweichend von den Bestimmungen des Absatzes 1 in dem erstgenannten Staat besteuert werden; die Steuer darf jedoch 10 vom Hundert des Rohbetrages der Lizenzgebühren nicht übersteigen.“

4. Artikel 10 des Abkommens erhält folgende neue Fassung:

„Artikel 10

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Dividenden, die von einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in dem anderen Staat gezahlt werden, so hat vorbehaltlich des Absatzes 2 nur der Wohnsitzstaat des Dividendenempfängers das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Staat, in dem die Dividenden zahlende Kapitalgesellschaft ihren Wohnsitz hat, nach dem

”Artikel 8

Då en person med hemvist i en av staterna förvärvar inkomst genom att avyttra en andel i ett sådant bolag med hemvist i den andra staten, vars delägare icke personligen ansvara för bolagets förbindelser (Kapitalgesellschaft), äger endast den förstnämnda staten beskatta inkomsten. Om inkomsten förvärvas genom ett fast driftställe i den andra staten, äger även denna andra stat beskatta inkomsten.”

3. Artikel 9 paragraferna 1 och 2 i avtalet erhåller följande nya lydelse:

”§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna från den andra staten uppstår royalty eller annan ersättning för nyttjandet av eller rätten att nyttja litterära eller konstnärliga verk, patent, mönster, fabriktionsmetoder, varumärken eller annan liknande egendom (med undantag av rätten att nyttja naturillgångar), äger endast hemviststaten beskatta inkomsten. Överstiger emellertid den för egendomen i fråga erlagda ersättningen ett skäligt belopp, gäller vad nu sagts endast den del av ersättningen som motsvarar ett sådant skäligt belopp. I sådant fall må den överskjutande delen av utbetalningen beskattas enligt lagstiftningen i vardera staten med iakttagande av övriga bestämmelser i detta avtal.

§ 2. Då royalty, som avses i paragraf 1, utbetalas av ett sådant bolag med hemvist i en av staterna, vars delägare icke personligen ansvara för bolagets förbindelser (Kapitalgesellschaft), till en person med hemvist i den andra staten, vilken person äger mer än 50 procent av aktie- eller insatskapitalet i det utbetalande bolaget, må dock royaltyn, oberoende av bestämmelserna i nämnda paragraf, beskattas i den förstnämnda staten. Skattesatsen får dock icke överstiga 10 procent av royaltyns bruttobelopp.”

4. Artikel 10 i avtalet erhåller följande nya lydelse:

”Artikel 10

§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna uppstår utdelning, som utbetalas av ett bolag (Kapitalgesellschaft) med hemvist i den andra staten, äger endast utdelningsmottagarens hemviststat beskatta utdelningen, såvida icke paragraf 2 föranleder annat.

§ 2. Den stat i vilken det utdelande bolaget äger hemvist må dock enligt sin egen lagstiftning beskatta utdelningen men skattesatsen får

Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Bruttobetrag der Dividenden nicht übersteigen.

(3) Soweit in einem der beiden Staaten die Steuer von inländischen Dividenden im Abzugsweg an der Quelle erhoben wird, wird das Recht dieses Staates, den Steuerabzug in voller Höhe vorzunehmen, durch die Absätze 1 und 2 nicht berührt. Wenn die Steuer im Abzugsweg erhoben wird, ist sie auf Antrag des Dividendenempfängers mit Wohnsitz in dem anderen Staat rückzuerstatten, soweit sie 10 vom Hundert des Bruttobetrag der Dividenden übersteigt. Der Antrag auf Rückerstattung muß innerhalb von zwei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die der Steuer unterliegende Leistung fällig geworden ist, bei der zuständigen Behörde des Staates eingebracht werden, in dem der Dividendenempfänger seinen Wohnsitz hat.

(4) Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie die Bestimmungen der Absätze 2 und 3 durchzuführen sind. Hierbei soll keiner der beiden Staaten verpflichtet werden, Maßnahmen zu treffen, die seiner Gesetzgebung nicht entsprechen.

(5) Bezüglich der Ansprüche, die nach Absatz 3 den Angehörigen diplomatischer oder konsularischer Vertretungen sowie den internationalen Organisationen, ihren Organen und Beamten zustehen, sind die folgenden Regeln anzuwenden:

a) Bei Angehörigen einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung des einen Staates, die im anderen Staat oder in einem dritten Staat residieren und die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen, gilt der Wohnsitz als in diesem letzteren Staat gelegen, sofern sie dort zur Entrichtung direkter Steuern von Dividenden verpflichtet sind;

b) internationale Organisationen und ihre Organe sowie die Beamten solcher Organisationen und das Personal diplomatischer oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates, die sich in einem der beiden Staaten aufhalten oder dort residieren und in diesem Staat von der Entrichtung direkter Steuern von Dividenden befreit sind, haben keinen Anspruch auf Entlastung von den im anderen Staat erhobenen Steuern.

(6) Dividenden, die von einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten an eine Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in dem anderen Staat ausgeschüttet werden, sollen in diesem anderen Staat steuerbefreit sein, aber nur insofern die Dividenden gemäß den Gesetzen dieses Staates von der Besteuerung ausgenommen wären, wenn die beiden Gesellschaften ihren

nicht überstige 10 procent av utdelningens bruttobelopp.

§ 3. Om i en av staterna skatt på inländsk utdelning uttages genom avdrag vid källan, beröres ej rätten att verkställa sådant skatteavdrag med fullt belopp av paragraferna 1 och 2. Om skatt uttages genom sådant avdrag, skall på ansökan av utdelningsmottagare med hemvist i den andra staten skatten restitueras i den mån den överstiger 10 procent av utdelningens bruttobelopp. Ansökan om restitution skall inges till vederbörande myndighet i den stat, i vilken utdelningsmottagaren äger hemvist, inom två år efter utgången av det kalenderår, under vilket det beskattningsbara beloppet blivit tillgängligt för lyftning.

§ 4. De högsta finansmyndigheterna i de båda staterna skola träffa överenskommelse om tillämpningen av paragraferna 2 och 3. Härvid skall ingendera staten vara förpliktad att vidtaga åtgärder som icke stå i överensstämmelse med dess lagstiftning.

§ 5. Beträffande de rättigheter, som enligt paragraf 3 må tillkomma personal vid beskickningar och konsulat ävensom internationella organisationer, deras organ och tjänstemän, skola följande bestämmelser äga tillämpning:

a) Då en person tillhör en av staternas beskickning eller konsulat och i denna sin egenskap är stationerad i den andra staten eller i en tredje stat samt personen är medborgare i den förstnämnda staten, anses han äga hemvist i denna förstnämnda stat om han är skattskyldig där för utdelning.

b) Internationella organisationer och deras organ ävensom sådana organisationers tjänstemän samt personer tillhörande en tredje stats beskickning eller konsulat, vilka uppehålla sig eller i sin berörda egenskap äro stationerade i en av de båda staterna och i denna stat äro befriade från skatt på utdelning, äro ej berättigade till nedsättning av skatt som uttagits i den andra staten.

§ 6. Utdelning som utbetalas av ett bolag (Kapitalgesellschaft) med hemvist i en av staterna till ett bolag (Kapitalgesellschaft) med hemvist i den andra staten, skall vara undantagen från beskattning i denna andra stat i den utsträckning som utdelningen enligt lagstiftningen i denna stat skulle ha varit undantagen från beskattning, om båda bolagen hade ägt

Wohnsitz in diesem Staat gehabt hätten. Bei der Anwendung dieser Vorschrift wird in Schweden eine österreichische Gesellschaft mit beschränkter Haftung wie eine Aktiengesellschaft behandelt.

(7) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der Empfänger der Dividenden mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten in dem anderen Staat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ihren Wohnsitz hat, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 4 anzuwenden.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Begriff „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußaktien oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Kapitalgesellschaft ihren Wohnsitz hat, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind.

Der in diesem Artikel verwendete Begriff „Kapitalgesellschaft“, bedeutet juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden.

(9) Bezieht eine Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Staat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Kapitalgesellschaft an Personen zahlt, die nicht in diesem anderen Staat ihren Wohnsitz haben, noch Gewinne der Kapitalgesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in diesem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.“

5. Nach Artikel 10 wird folgender neuer Artikel eingefügt:

„Artikel 10 A

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Zinsen aus dem anderen Staat, so hat vorbehaltlich des Absatzes 2 nur der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Werden diese Einkünfte durch eine im anderen Staat gelegene Betriebsstätte erzielt, so steht das Besteuerungsrecht diesem anderen Staat zu.

(2) Die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sind sinngemäß anzuwenden. Der Anspruch auf Rückerstattung bezieht sich jedoch auf den Gesamtbetrag der von Zinsen im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuer.

hemvist i denna stat. Vid tillämpning av denna bestämmelse skall i Sverige ett österrikiskt bolag med begränsad ansvarighet (Gesellschaft mit beschränkter Haftung) anses såsom ett aktiebolag.

§ 7. Paragraferna 1 och 2 äro icke tillämpliga, om mottagaren av utdelningen äger hemvist i en av staterna och innehar ett fast driftställe i den andra staten, i vilken det utbetalande bolaget äger hemvist, samt den andel, av vilken utdelningen i fråga härflyter, äger verkligt samband med det fasta driftstället. I sådant fall tillämpas artikel 4.

§ 8. Med uttrycket ”utdelning” förstås i denna artikel inkomst av aktier, andelsbevis eller andra liknande bevis med rätt till andel i vinst, delaktighetsbevis i gruvföretag, stiftarandelar eller andra rättigheter, fordringar ej inbegripna, med rätt till deltagande i vinst ävensom inkomst av andra andelar i bolag, som enligt skattelagstiftningen i den stat, i vilken det utdelande bolaget äger hemvist, jämställes med inkomst av aktier.

Med uttrycket ”bolag (Kapitalgesellschaft)” förstås i denna artikel juridisk person eller rättssubjekt, som i beskattningshänseende behandlas som juridisk person.

§ 9. Om ett bolag (Kapitalgesellschaft) med hemvist i en av staterna uppbar inkomst från den andra staten, får icke i denna andra stat påföras någon skatt på utdelning, som av bolaget utbetalas till personer, som ej äga hemvist i denna andra stat, och ej heller någon skatt på bolagets icke utdelade vinst; detta gäller även om utdelningen eller den icke utdelade vinsten helt eller delvis utgöres av inkomst, som härrör från den andra staten.”

5. Efter artikel 10 skall följande nya artikel infogas:

”Artikel 10 A

§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna uppbar ränta från den andra staten, äger endast hemviststaten beskatta räntan, såvida icke paragraf 2 föranleder annat. Om räntan förvärfvas genom ett fast driftställe i den andra staten, äger denna andra stat beskatta räntan.

§ 2. Bestämmelserna i paragraferna 3—5 av artikel 10 äga motsvarande tillämpning. Anspråket på restitution avser dock hela det belopp med vilket skatteavdrag verkställts.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Begriff „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Obligationen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art, sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem innerstaatlichen Recht der beiden Staaten und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.“

6. Artikel 12 des Abkommens erhält folgende neue Fassung:

„Artikel 12

Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in dem anderen Staat Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, so steht das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte diesem anderen Staat zu.“

7. Artikel 14 des Abkommens erhält folgende neue Fassung:

„Artikel 14

Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus freiberuflicher oder nichtselbständiger Arbeit für Tätigkeiten, die in dem anderen Staat für Unterhaltungsarbeiten ausgeübt werden, wie zum Beispiel als Bühnen-, Radio-, Fernseh-, Filmkünstler und Schauspieler, Musiker, Artist und Berufssportler, so steht das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte abweichend von den Bestimmungen des Artikels 11 und des Artikels 13 Absatz 2 diesem anderen Staat zu. Die Bestimmungen des Artikels 9 Absatz 1 bleiben unberührt.“

8. Artikel 15 des Abkommens erhält folgende neue Fassung:

„Artikel 15

Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten aus dem anderen

§ 3. Med uttrycket ”ränta” förstås i denna artikel inkomst av värdepapper som utfärdats av staten, av obligationer eller debentures, vare sig de utfärdats mot säkerhet i fastighet eller icke och vare sig de representera en rätt till andel i vinst eller icke, samt av varje annat slags fordran ävensom all annan inkomst som enligt skattelagstiftningen i den stat från vilken inkomsten härrör jämställs med inkomst av försträckning.

§ 4. Beträffande sådana fall, då särskilda förbindelser mellan utbetalaren och mottagaren eller mellan dem båda och annan person föranleda att det utbetalade räntebeloppet med hänsyn till den skuld, för vilken räntan erlägges, överstiger det belopp som skulle ha avtalats mellan utbetalaren och mottagaren om sådana förbindelser icke förelåg, skall denna artikel gälla endast för sistnämnda belopp. I sådant fall må överskjutande räntebelopp beskattas enligt lagstiftningen i vardera staten med iakttagande av övriga bestämmelser i detta avtal.”

6. Artikel 12 i avtalet erhåller följande nya lydelse:

”Artikel 12

Då en fysisk person med hemvist i en av staterna i sin egenskap av ledamot av styrelsen (Aufsichtsrat) eller direktionen (Verwaltungsrat) i ett sådant bolag med hemvist i den andra staten, vars delägare icke personligen ansvara för bolagets förbindelser (Kapitalgesellschaft), uppbär styrelsearvode eller liknande ersättning, äger denna andra stat beskatta inkomsten i fråga.”

7. Artikel 14 i avtalet erhåller följande nya lydelse:

”Artikel 14

Då en fysisk person med hemvist i en av staterna förvärfvar inkomst i den andra staten — antingen under utövande av fritt yrke eller på grund av arbetsanställning — genom verksamhet, vars ändamål är att bereda underhållning, t. ex. såsom teater-, radio-, televisions- eller filmartist, skådespelare, musiker och professionell idrottsman, äger — oberoende av bestämmelserna i artikel 11 och artikel 13 paragraf 2 — denna andra stat beskatta inkomsten. Bestämmelserna i artikel 9 paragraf 1 beröras icke härav.”

8. Artikel 15 i avtalet erhåller följande nya lydelse:

”Artikel 15

Då en fysisk person med hemvist i en av staterna uppbär från den andra staten pensioner,

Staat Ruhegehälter, Witwen- oder Waisenpensionen sowie andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen, so hat nur der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.“

9. Artikel 16 Absatz 1 des Abkommens erhält folgende neue Fassung:

„(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus Gehältern, Löhnen und ähnlichen Vergütungen oder aus Ruhegehältern, Witwen- und Waisenpensionen, die der andere Staat oder die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechtes jenes anderen Staates für gegenwärtige oder frühere Dienst- oder Arbeitsleistungen gewähren, so hat abweichend von den Bestimmungen der Artikel 13 und 15 nur dieser andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Das gleiche gilt auch für Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung dieses anderen Staates.“

10. Artikel 18 Absatz 2 des Abkommens erhält folgende neue Fassung:

„(2) Das Besteuerungsrecht für anderes Vermögen einer Person hat nur der Staat, in dem diese Person ihren Wohnsitz hat.“

11. Artikel 20 des Abkommens erhält folgende neue Fassung:

„Artikel 20

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte oder hat sie Vermögen, so können diese Einkünfte oder dieses Vermögen — auch wenn das Besteuerungsrecht nach den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens dem anderen Staat zusteht — vorbehaltlich des Absatzes 2 im erstgenannten Staat besteuert werden. Der Staat, in dem die Person ihren Wohnsitz hat, rechnet jedoch

a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der im anderen Staat gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;

b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der im anderen Staat gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf Einkünfte oder Vermögen entfällt, die der Besteuerung im anderen Staat unterliegen.

(2) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte, die nach Artikel 7 oder nach Artikel 16 Absatz 1 nur im anderen

änke- und pupillpensioner inbegripna, ävensom andra belopp eller i pengar uppskattbara förmåner på grund av förutvarande arbetsanställning, äger endast hemviststaten beskatta denna inkomst.“

9. Artikel 16 paragraf 1 i avtalet erhåller följande nya lydelse:

”§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna uppbär lön, arvode eller liknande ersättning eller pension, änke- och pupillpensioner inbegripna, av den andra staten eller av delstat, kommun, kommunalförbund eller annan offentligrättslig juridisk person i den staten på grund av förhandenvarande eller tidigare arbetsanställning, äger — oberoende av bestämmelserna i artiklarna 13 och 15 — endast denna andra stat beskatta inkomsten. Detta gäller även i fråga om belopp, som utbetalas på grund av lagstadgad socialförsäkring i denna andra stat.”

10. Artikel 18 paragraf 2 i avtalet erhåller följande nya lydelse:

”§ 2. Annan förmögenhet som äges av en person med hemvist i en av staterna, beskattas endast i denna stat.”

11. Artikel 20 i avtalet erhåller följande nya lydelse:

”Artikel 20

§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna uppbär inkomst eller innehar förmögenhet får inkomsten eller förmögenheten — om icke paragraf 2 föranleder annat — beskattas i denna stat, även om beskattningsrätten enligt föregående artiklar i detta avtal tillkommer den andra staten. Den stat, i vilken personen i fråga äger hemvist, skall dock

a) från skatten på sådan persons inkomst avräkna ett belopp motsvarande den inkomstskatt som erlagts i den andra staten;

b) från skatten på sådan persons förmögenhet avräkna ett belopp motsvarande den förmögenhetsskatt som erlagts i den andra staten.

Avräkningsbeloppet skall emellertid icke överstiga beloppet av den del av skatten som utan sådan avräkning belöper på inkomst eller förmögenhet som må beskattas i den andra staten.

§ 2. Då en person med hemvist i en av staterna uppbär inkomst, som enligt artikel 7 eller artikel 16 paragraf 1 skall beskattas endast

Staat besteuert werden können, oder hat sie Vermögen, das nach Artikel 18 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 7 der Besteuerung nur im anderen Staat unterliegt, so nimmt der erstgenannte Staat diese Einkünfte oder dieses Vermögen von seiner Besteuerung aus; der erstgenannte Staat kann aber bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die betreffenden Einkünfte oder das betreffende Vermögen nicht von der Besteuerung ausgenommen wären. Das gleiche gilt für Einkünfte im Sinne des Artikels 10 Absatz 6 und für Vermögen im Sinne des Artikels 18 Absatz 3.“

Artikel II Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll soll ratifiziert werden, und zwar für die Republik Österreich durch den Bundespräsidenten der Republik Österreich, für das Königreich Schweden durch Seine Majestät den König von Schweden mit Zustimmung des Riksdags. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Wien ausgetauscht werden.

(2) Dieses Protokoll tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und seine Bestimmungen finden erstmals Anwendung:

a) in Österreich:

auf die Steuern, die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1969 erhoben werden;

b) in Schweden:

hinsichtlich der Steuern vom Einkommen auf Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner 1970 erzielt werden und hinsichtlich der staatlichen Vermögensteuer auf die Steuer, die Gegenstand der Veranlagung des Jahres 1971 oder eines späteren Jahres bildet.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Stockholm, am 6. April 1970 in zweifacher Ausfertigung, in deutscher und schwedischer Sprache, wobei beide Texte gleicherweise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:
Dr. Karl Herbert Schober

Für das Königreich Schweden:
Torsten Nilsson

i den andra staten, eller innehar förmögenhet, som enligt artikel 18 paragraf 1 jämförd med artikel 7 skall beskattas endast i den andra staten, skall sådan inkomst eller förmögenhet vara undantagen från beskattning i den förstnämnda staten. Den förstnämnda staten må dock vid bestämmandet av skatten på sådan persons återstående inkomst eller förmögenhet tillämpa den skattesats, som skulle ha varit tillämplig om inkomsten eller förmögenheten i fråga icke undantagits från beskattning. Motsvarande gäller beträffande inkomst som avses i artikel 10 paragraf 6 och förmögenhet som avses i artikel 18 paragraf 3.”

Artikel II Ikraftträdande

§ 1. Detta protokoll skall ratificeras, för Sveriges del av Hans Majestät Konungen av Sverige med riksdagens samtycke och för Österrikes del av Republiken Österrikes President. Ratifikationshandlingarna skall snarast möjligt utväxlas i Wien.

§ 2. Detta protokoll träder i kraft med utväxlingen av ratifikationshandlingarna och dess bestämmelser skall första gången äga tillämpning

a) i Österrike:

beträffande skatter, som uttages för tiden efter den 31 december 1969;

b) i Sverige:

såvitt avser inkomstskatter, i fråga om inkomst som förvärvas den 1 januari 1970 eller senare dag, samt, såvitt avser den statliga förmögenhetsskatten, i fråga om skatt som utgår på grund av taxering år 1971 eller senare år.

TILL BEKRÄFTELSE HARÄ har de båda staternas befullmäktigade ombud undertecknat detta protokoll och försett detsamma med sina sigill.

SOM SKEDDE i Stockholm den 6 april 1970 i vardera två originalexemplar på svenska och tyska språken, vilka båda texter äger lika vitsord.

För Republiken Österrike:
Dr. Karl Herbert Schober

För Konungariket Sverige:
Torsten Nilsson

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Protokoll für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 8. September 1970

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Kreisky

Der Bundesminister für Finanzen:

Androsch

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kirchschläger

Die Ratifikationsurkunden zum vorliegenden Protokoll wurden am 5. November 1970 in Wien ausgetauscht; das Protokoll ist somit gemäß seinem Artikel II Absatz 2 am selben Tag in Kraft getreten.

Kreisky

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1960

Ausgegeben am 16. Feber 1960

12. Stück

- ~~37. Kundmachung: Ratifikation des Übereinkommens, betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen durch die Bundesrepublik Deutschland.~~
- ~~38. Kundmachung: Ratifikation des Übereinkommens über die Gründung einer Internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen (Eichwesen) durch Belgien und Iran.~~
- 39. Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen.**
- ~~40. Konvention über die Regelung der Schifffahrt auf der Donau.~~
- ~~41. Abkommen über die Errichtung einer Europäischen Organisation für kernphysikalische Forschung.~~
- ~~42. Europäisches Abkommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten.~~

37. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 22. Jänner 1960 über die Ratifikation des Übereinkommens, betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen durch die Bundesrepublik Deutschland.

Nach einer Mitteilung der Königlich Niederländischen Botschaft in Wien hat die Bundesrepublik Deutschland das Übereinkommen, betreffend das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen, BGBl. Nr. 91/1957, ratifiziert.

Das Übereinkommen ist gemäß seinem Art. 28 für die Bundesrepublik Deutschland am 1. Jänner 1960 in Kraft getreten.

Raab

38. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 26. Jänner 1960, betreffend die Ratifikation des Übereinkommens über die Gründung einer Internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen (Eichwesen) durch Belgien und Iran.

Nach einer Mitteilung der Französischen Botschaft in Wien haben Belgien und Iran das Übereinkommen über die Gründung einer Internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen (Eichwesen), BGBl. Nr. 171/1958, ratifiziert.

Laut einer Erklärung der Belgischen Regierung erstreckt sich die Ratifikation auch auf Belgisch-Kongo und das Mandatsgebiet Ruanda-Urundi.

Raab

39.

Nachdem das am 14. Mai 1959 in Stockholm unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, welches also lautet:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen.

Der Bundespräsident der Republik Österreich und Seine Majestät, der König von Schweden sind, von dem Wunsche geleitet, auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen die Doppelbesteuerung nach Möglichkeit zu vermeiden, übereingekommen, ein Abkommen abzuschließen. Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:

Herrn Dr. Rudolf Krippel-Redlich-Redensbruck, Seinen außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter.

Avtal mellan Konungariket Sverige och Republiken Österrike för undvikande av dubbelbeskattning beträffande skatter å inkomst och förmögenhet.

Hans Majestät Sveriges Konung och Republiken Österrikes President hava, föranledda av önskan att såvitt möjligt undvika dubbelbeskattning beträffande skatter å inkomst och förmögenhet, överenskommit att ingå ett avtal.

För detta ändamål hava till befullmäktigade ombud utsett:

Hans Majestät Konungen av Sverige:
Ministern för utrikes ärendena Osten Undén.

Seine Majestät, der König von Schweden:
Herrn Osten Undén, Minister für Auswärtige
Angelegenheiten.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch
ihrer in guter und gehöriger Form befundenen
Vollmachten folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Dieses Abkommen findet Anwendung auf
natürliche und juristische Personen, die ihren
Wohnsitz im Sinne des Artikels 2 im Königreich
Schweden oder in der Republik Österreich oder
in beiden Staaten haben.

(2) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf
die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkom-
men und vom Vermögen, die für Rechnung eines
jeden der beiden Staaten, seiner Länder, Ge-
meinden oder Gemeindeverbände (auch in Form
von Zuschlägen) erhoben werden.

(3) Als Steuern vom Einkommen und vom
Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamt-
einkommen, vom Gesamtvermögen oder von
Teilen des Einkommens oder des Vermögens er-
hoben werden, einschließlich der Steuern vom
Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder
unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom
Vermögenszuwachs.

(4) Zu den Steuern, für die dieses Abkommen
gilt, gehören zurzeit insbesondere:

1. im Königreich Schweden

- a) die staatliche Einkommensteuer,
- b) die Kuponsteuer,
- c) die Seemannsteuer,
- d) die Sondersteuer von Aktiengesellschaften
auf Ausschüttungen bei Kapitalherabset-
zung und bei Nichtausschüttung vorhan-
dener Gewinne,
- e) die staatliche Vermögensteuer,
- f) die Waldpflegeabgabe,
- g) die allgemeine Gemeindesteuer,
- h) die Abgaben auf besondere Vorteile und
Gerechtigkeiten;

2. in der Republik Österreich

- a) die Einkommensteuer (einschließlich der
Lohnsteuer und der Kapitalertragsteuer),
- b) die Körperschaftsteuer (einschließlich der
Kapitalertragsteuer),
- c) die Vermögensteuer,
- d) der Beitrag vom Einkommen zur För-
derung des Wohnbaues und für Zwecke des
Familienlastenausgleiches,
- e) die Aufsichtsabgabe,
- f) die Gewerbesteuer (einschließlich der Lohn-
summensteuer),
- g) die Grundsteuer.

(5) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern
gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben
den geltenden Steuern oder an deren Stelle er-

Republiken Österreichs Präsident:
Sitt utomordentliga och befullmäktigade sän-
debud, Dr. Rudolf Krippel-Redlich-Redensbruck.

De befullmäktigade ombuden hava, efter att
hava utväxlat sina fullmakter som befunnits i god
och behörig form, överenskommit om följande
bestämmelser:

Artikel 1

§ 1. Detta avtal är tillämpligt å fysiska och
juridiska personer, som enligt artikel 2 äga hem-
vist i Konungariket Sverige eller i Republiken
Österrike eller i båda staterna.

§ 2. Avtalet är tillämpligt å skatter å inkomst
och förmögenhet (skatter, som utgå i form av
tilläggsskatter, härunder inbegripna), vilka upp-
bäras av envar av de båda staterna eller av deras
delstater, kommuner eller kommunalförbund,
oberoende av sättet för skatternas uttagande.

§ 3. Med skatter å inkomst och förmögenhet
förstås alla skatter, som utgå å inkomst eller
å förmögenhet i dess helhet eller å delar av in-
komst eller förmögenhet (därunder inbegripna
skatter å vinst genom avyttring av lös eller fast
egendom), ävensom skatter å förmögenhetsök-
ning.

§ 4. De skatter, å vilka avtalet skall äga till-
ämpning, äro för närvarande särskilt:

1. i Konungariket Sverige:

- a) den statliga inkomstskatten,
- b) kupongskatten,
- c) sjömansskatten,
- d) utskiftningskatten och ersättningskatten,

e) den statliga förmögenhetsskatten,

- f) skogsvårdsavgiften,
- g) den allmänna kommunalskatten,
- h) bevillningsavgifterna för särskilda förmåner
och rättigheter;

2. i Republiken Österrike:

- a) inkomstskatten (med däri ingående skatt
å arbetsinkomst och skatt å kapital-
inkomst),
- b) bolagsskatten (med däri ingående skatt å
kapitalinkomst),
- c) förmögenhetsskatten,
- d) avgiften till främjande av bostadsbyggande
samt till bestridande av bidrag till familje-
försörjare,
- e) skatt å styrelsearvoden,
- f) näringskatten (med däri ingående skatt å
urbetalda löner),
- g) fastighetsskatten.

§ 5. Avtalet skall likaledes tillämpas å skatter
av samma eller liknande slag, vilka framdeles
uttagas vid sidan av eller i stället för de för när-

hoben werden. Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten werden sich am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mitteilen.

(6) Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten werden im beiderseitigen Einvernehmen etwaige Zweifel darüber klären, für welche Steuern dieses Abkommen zu gelten hat.

(7) Die in diesem Abkommen genannten obersten Finanzbehörden sind auf seiten der Republik Österreich das Bundesministerium für Finanzen und auf seiten des Königreiches Schweden das Finanzministerium oder die Behörde, der es übertragen worden ist, an Stelle des Finanzministeriums Fragen dieses Abkommens zu behandeln.

Artikel 2

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte, für die in diesem Abkommen keine Regelung getroffen ist, so hat dieser Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten“ eine natürliche oder juristische Person, die nach dem Rechte dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres gewöhnlichen Aufenthaltes, des Ortes ihrer tatsächlichen Leitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(3) Ergibt sich nach den Bestimmungen des Absatzes 2 für eine natürliche Person ein Wohnsitz in beiden Staaten, so ist der Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens wie folgt zu ermitteln:

- a) Der Wohnsitz einer natürlichen Person gilt als in dem Staat gelegen, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Staat gelegen, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem der beiden Staaten die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Staat gelegen, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden oder in keinem der beiden Staaten, so gilt ihr Wohnsitz als in dem Staat gelegen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt;
- d) gehört die Person beiden oder keinem der Staaten an, so werden die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten die Frage im beiderseitigen Einvernehmen regeln.

varande utgående skatterna. De högsta finansmyndigheterna i de båda staterna skola vid slutet av varje år meddela varandra vilka ändringar som ägt rum beträffande skattelagstiftningen i respektive stater.

§ 6. De högsta finansmyndigheterna i de båda staterna skola i samförstånd avgöra uppkommande tvivelsmål rörande vilka skatter som inbegripas under avtalet.

§ 7. De i detta avtal åsyftade högsta finansmyndigheterna äro för Republiken Österrikes vidkommande finansministeriet (das Bundesministerium für Finanzen) och för Konungariket Sveriges vidkommande finansdepartementet eller den myndighet, åt vilken uppdragits att i finansdepartementets ställe handhava frågor enligt detta avtal.

Artikel 2

§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna uppbär inkomst, beträffande vilken ingen bestämmelse meddelats i detta avtal, äger denna stat beskatta inkomsten ifråga.

§ 2. Med uttrycket »person med hemvist i en av staterna» förstås i detta avtal en fysisk eller juridisk person, som enligt den statens lagstiftning är underkastad beskattning därstädes på grund av att han där har sitt hemvist eller där stadigvarande vistas eller att dess verkliga ledning är där belägen eller på grund av något annat därmed jämförbart förhållande.

§ 3. Då på grund av bestämmelserna i paragraf 2 ovan en fysisk person äger hemvist i båda staterna, skall följande gälla:

- a) Han skall anses äga hemvist i den stat, i vilken han har ett hem som stadigvarande står till hans förfogande. Om han har ett sådant hem i envar av de båda staterna, anses han äga hemvist i den stat, med vilken han har de starkare personliga och ekonomiska förbindelserna (centrum för levnadsintressena).
- b) Kan det icke avgöras, i vilken stat centrum för hans levnadsintressen befinner sig, eller om han icke i någondera staten har ett hem, som stadigvarande står till hans förfogande, anses han äga hemvist i den stat, där han stadigvarande vistas.
- c) Om han stadigvarande vistas i båda staterna eller om han icke vistas stadigvarande i någon av dem, anses han äga hemvist i den stat, i vilken han är medborgare.
- d) Om han är medborgare i båda staterna eller om han icke är medborgare i någon av dem, skola de högsta finansmyndigheterna i de båda staterna avgöra frågan genom överenskommelse.

(4) Ergibt sich nach den Bestimmungen des Absatzes 2 für eine juristische Person ein Wohnsitz in beiden Staaten, so gilt ihr Wohnsitz im Sinne dieses Abkommens als in dem Staat gelegen, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Leitung befindet. Dasselbe gilt für Personengesellschaften (handelsbolag, kommanditbolag, enkelt bolag, partrederi, gruvbolag) und andere Personenvereinigungen, die nach den für sie maßgebenden innerstaatlichen Gesetzen keine juristischen Personen sind.

Artikel 3

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich des Zubehörs sowie des einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dienenden lebenden und toten Inventars), das in dem anderen Staate liegt, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Berechtigungen, auf welche die privatrechtlichen Vorschriften über Grundstücke Anwendung finden, sind dem unbeweglichen Vermögen gleichzustellen.

(2) Absatz 1 gilt sowohl für die durch unmittelbare Nutzung als auch für die durch Vermietung, Verpachtung und jede andere Art der Nutzung des unbeweglichen Vermögens erzielten Einkünfte, insbesondere aus festen oder veränderlichen Vergütungen für die Ausbeutung von Grund und Boden sowie für Einkünfte, die bei der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen erzielt werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch dann, wenn die genannten Vermögensgegenstände zu einem gewerblichen Unternehmen (Artikel 4 und 7) gehören.

(4) Was als unbewegliches Vermögen oder als Zubehör gilt und was als dem unbeweglichen Vermögen gleichgestellte Berechtigung oder als Nutzungsrecht anzusehen ist, beurteilt sich nach den Gesetzen des Staates, in dem der betreffende Gegenstand oder der Gegenstand, auf den sich das in Rede stehende Recht bezieht, liegt.

Artikel 4

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus einem gewerblichen Unternehmen, dessen Wirkung sich auf das Gebiet des anderen Staates erstreckt, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte nur insoweit, als sie auf eine dort befindliche Betriebsstätte des Unternehmens entfallen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 sind auch auf Einkünfte aus offenen oder stillen Beteiligungen an einem gesellschaftlichen Unternehmen anzuwenden, mit Ausnahme der Beteiligungen in Form von Aktien, Kuxen, Genußscheinen, Obligationen

§ 4. Då på grund av bestämmelserna i paragraf 2 ovan en juridisk person äger hemvist i båda staterna, anses dess hemvist förefinnas i den stat, där dess verkliga ledning är belägen. Detsamma gäller ifråga om handelsbolag, kommanditbolag, enkla bolag, partrederier och gruvbolag (Personengesellschaften) samt andra sammanslutningar, vilka enligt vederbörande stats lagstiftning icke äro juridiska personer.

Artikel 3

§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna uppbär inkomst av fast egendom (varunder inbegripas tillbehör därtill ävensom levande och döda inventarier i lantbruk eller skogsbruk), som är belägen i den andra staten, äger denna andra stat beskatta inkomsten ifråga. Rättigheter, å vilka privaträttsliga föreskrifter angående fastigheter äga tillämpning, skola anses likställda med fast egendom.

§ 2. Bestämmelsen i paragraf 1 gäller såväl inkomst, som förvärfvas genom den fasta egendomens omedelbara nyttjande, som ock inkomst genom uthyrning, utarrendering och varje annat slags nyttjande av egendomen, särskilt inkomst i form av fasta eller varierande ersättningar för utnyttjandet av naturtillgångar, ävensom inkomst, som förvärfvas genom avyttring av fast egendom.

§ 3. Paragraferna 1 och 2 tillämpas jämväl då förmögenhetstillgångarna ingå i rörelse (artikel 4 och 7).

§ 4. Vad som förstås med fast egendom eller tillbehör därtill eller med rättigheter, likställda med fast egendom, eller med nyttjanderätt avgöres enligt lagstiftningen i den stat, där den ifrågavarande tillgången — eller den tillgång, till vilken ifrågavarande rättighet hänför sig — är belägen.

Artikel 4

§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna uppbär inkomst av en rörelse, vars verksamhet sträcker sig in på den andra statens område, äger den andra staten beskatta denna inkomst allenast i den mån inkomsten är hänförlig till ett inom den staten beläget fast driftställe för rörelsen.

§ 2. Bestämmelserna i paragraf 1 skola även tillämpas i fråga om inkomst genom delägarskap i företag, med undantag för delägarskap genom aktier, delaktighetsbevis i gruvföretag (Kuxe), vinstandelsbevis (Genußscheine), obligationer

gationen mit Gewinnbeteiligung, sonstigen Wertpapieren sowie der Anteile an Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten sowohl für die durch unmittelbare Nutzung als auch für die durch Vermietung, Verpachtung und jede andere Art der Nutzung des gewerblichen Unternehmens erzielten Einkünfte sowie für Einkünfte aus der Veräußerung eines Unternehmens im ganzen, eines Anteiles am Unternehmen, eines Teilbetriebes oder von Gegenständen, die im Unternehmen benutzt werden.

(4) Der Betriebstätte sollen diejenigen Einkünfte zugewiesen werden, die sie erzielt hätte, wenn sie sich als selbständiges Unternehmen mit gleichen oder ähnlichen Geschäften unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen befaßte und Geschäfte wie ein unabhängiges Unternehmen tätigte.

(5) Bei der Ermittlung der aus der Tätigkeit einer Betriebstätte erzielten Einkünfte ist grundsätzlich vom Bilanzergebnis der Betriebstätte auszugehen. Dabei sollen alle der Betriebstätte zurechenbaren Ausgaben einschließlich eines Anteils an den allgemeinen Verwaltungskosten des Unternehmens berücksichtigt, jedoch künstliche Gewinnverlagerungen ausgeschlossen werden; insbesondere ist die Vereinbarung von Zinsen oder Lizenzgebühren zwischen den Betriebstätten desselben Unternehmens unbeachtlich.

(6) In besonders gelagerten Fällen kann bei der Ermittlung der Einkünfte der Gesamtgewinn des Unternehmens aufgeteilt werden. Bei Versicherungsunternehmen kann in solchen Fällen als Maßstab das Verhältnis der Rohprämieinnahmen der Betriebstätte zu den gesamten Rohprämieinnahmen des Unternehmens zugrunde gelegt werden. Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten sollen sich zu einem möglichst frühen Zeitpunkt verständigen, wenn dies für die Aufteilung der Einkünfte im einzelnen Fall erforderlich ist.

(7) Absatz 1 ist entsprechend auf die Gewerbesteuer anzuwenden, die von einer anderen Bemessungsgrundlage als den Einkünften erhoben wird.

Artikel 5

(1) Der Begriff „Betriebstätte“ bedeutet eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

- (2) Als Betriebstätten gelten insbesondere:
- a) ein Ort der Leitung,
 - b) eine Zweigniederlassung,
 - c) eine Geschäftsstelle,

med rätt till andel i vinst, andra värdepapper ävensom andelar i ekonomiska föreningar (Genossenschaften) samt i bolag med begränsad ansvarighet (Gesellschaften mit beschränkter Haftung).

§ 3. Paragraferna 1 och 2 äro tillämpliga å såväl inkomst, som förvärfvas genom rörelsens omedelbara bedrivande, som ock inkomst genom uthyrning, utarrendering och varje annat slags nyttjande av rörelsen ävensom inkomst genom avyttring av en rörelse i dess helhet, en andel i ett företag, en del av rörelsen eller av föremål, som användas i rörelsen.

§ 4. Till det fasta driftstället skola hänföras sådana inkomster, som det fasta driftstället skulle hava uppburit, därest detsamma varit ett självständigt företag med samma eller liknande verksamhet, bedriven under samma eller liknande villkor samt utövat verksamheten såsom ett oberoende företag.

§ 5. Vid bestämmandet av den genom verksamheten vid det fasta driftstället förvärfvade inkomsten skall i princip såsom utgångspunkt tagas driftställets balansräkning. Därvid skola beaktas alla till driftstället hänförliga omkostnader, härunder inbegripen en andel i kostnaderna för företagets allmänna förvaltning. Konstlade vinstdispositioner — särskilt överenskommelser om ränta eller royalty mellan ett och samma företags driftställen — skola lämnas utan avseende.

§ 6. I särskilda fall må vid inkomstens bestämmande uppdelning ske av företagets hela vinst. I fråga om försäkringsföretag må i sådana fall till grund för uppdelningen läggas förhållandet mellan det fasta driftställets bruttopremieintäkter och summan av företagets bruttopremieintäkter. De båda staternas högsta finansmyndigheter skola — därest för inkomstfördelningen i enskilt fall så erfordras — snarast möjligt överenskomma i frågan.

§ 7. Paragraf 1 skall äga motsvarande tillämpning ifråga om den näringsskatt, vilken utgår på annat beskattningsunderlag än inkomst.

Artikel 5

§ 1. Med uttrycket » fast driftställe » förstås en stadigvarande affärsanordning, i vilken företagets verksamhet helt eller delvis utövas.

- § 2. Såsom fast driftställe anses särskilt:
- a) plats för företagsledning,
 - b) filial,
 - c) kontor,

- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Bergwerk, ein Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht:

- a) die Benutzung von Einrichtungen ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren;
- b) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung;
- c) das Unterhalten eines Bestandes von dem Unternehmen gehörenden Gütern oder Waren ausschließlich zur Bearbeitung oder Verarbeitung durch ein anderes Unternehmen;
- d) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zum Einkauf von Gütern oder Waren oder zur Beschaffung von Informationen für das Unternehmen;
- e) das Unterhalten einer festen Geschäftseinrichtung ausschließlich zur Werbung, zur Erteilung von Auskünften, zur wissenschaftlichen Forschung oder zur Ausübung ähnlicher Tätigkeiten, die für das Unternehmen vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Eine Person, die in einem der beiden Staaten für ein Unternehmen des anderen Staates tätig ist — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — gilt als eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte, wenn sie eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens in diesem Staat Verträge abzuschließen, und diese Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines der beiden Staaten wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Staat, weil es dort Geschäftsbeziehungen durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter unterhält, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Die Tatsache, daß eine juristische Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten eine juristische Person beherrscht oder von einer solchen beherrscht wird, die in dem anderen Staat

- d) fabrik,
- e) verkstad,
- f) gruva, stenbrott eller annan plats för utnyttjandet av naturtillgångar,
- g) plats för byggnadsföretag eller anläggnings- eller installationsarbete, vars utförande överskrider en tidrymd av tolv månader.

§ 3. Uttrycket »fast driftställe» skall icke anses innefatta:

- a) användningen av anordningar, avsedda uteslutande för lagring, utställning eller utlämnande av företaget tillhöriga varor,
- b) innehavet av ett företaget tillhörigt varulager, avsett uteslutande för lagring, utställning eller utlämnande,
- c) innehavet av ett företaget tillhörigt varulager, avsett uteslutande för bearbetning eller förädling genom ett annat företags försorg,
- d) innehavet av en stadigvarande affärsanordning, avsedd uteslutande för inköp av varor eller införskaffande av upplysningar för företagets räkning,
- e) innehavet av en stadigvarande affärsanordning, avsedd uteslutande för ombesörjande av reklam, meddelande av upplysningar, bedrivande av vetenskaplig forskning eller utövande av liknande verksamhet, under förutsättning att verksamheten inom företagets ram är av förberedande eller biträdande art.

§ 4. En person, som är verksam i en av staterna för ett företag i den andra staten — härunder icke inbegripen sådan oberoende representant som avses i paragraf 5 nedan — behandlas såsom ett fast driftställe i den förstnämnda staten i sådana fall, då personen innehar och i den förstnämnda staten regelbundet använder en fullmakt att sluta avtal i företagets namn; dock att personen ej heller i dessa fall behandlas såsom ett fast driftställe, därest verksamheten begränsas till inköp av varor för företagets räkning.

§ 5. Ett företag i en av staterna anses icke hava ett fast driftställe i den andra staten allenast å den grund, att företaget uppehåller affärsförbindelser i den andra staten genom förmedling av en mäklare, kommissionär eller annan fullständigt oberoende representant, under förutsättning att dessa personer fullgöra uppdrag, vilka tillhöra deras vanliga affärsverksamhet.

§ 6. Den omständigheten, att en juridisk person med hemvist i en av staterna kontrolleras eller kontrolleras av en juridisk person, som har sitt hemvist i den andra staten eller som uppe-

ihren Wohnsitz hat oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) Geschäftsbeziehungen unterhält, macht für sich allein keine dieser juristischen Personen zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

(1) Wenn ein Unternehmen eines der beiden Staaten vermöge seiner Beteiligung an der Geschäftsführung oder am finanziellen Aufbau eines Unternehmens des anderen Staates mit diesem Unternehmen wirtschaftliche oder finanzielle Bedingungen vereinbart oder ihm solche auferlegt, die von denjenigen abweichen, die mit einem unabhängigen Unternehmen vereinbart würden, so dürfen Einkünfte, die eines der beiden Unternehmen üblicherweise erzielt hätte, aber wegen dieser Bedingungen nicht erzielt hat, den Einkünften dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt sinngemäß im Verhältnis zweier Unternehmen, an deren Geschäftsführung oder Vermögen dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind.

Artikel 7

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus dem Betrieb der Schifffahrt oder der Luftfahrt im internationalen Verkehr, so steht das Besteuerungsrecht abweichend von Artikel 4 für diese Einkünfte nur jenem der beiden Staaten zu, in dem sich der Ort der tatsächlichen Leitung des betreffenden Unternehmens befindet, gleichgültig, ob der Betrieb mit eigenen oder gecharterten Fahrzeugen durchgeführt wird.

(2) Absatz 1 gilt auch, wenn ein Unternehmen der Schifffahrt oder der Luftfahrt eines der beiden Staaten im Gebiet des anderen Staates eine Agentur für die Beförderung von Personen oder Waren betreibt. Dies gilt jedoch nur für Tätigkeiten, die unmittelbar mit dem Betrieb der Schifffahrt oder der Luftfahrt einschließlich des Zubringerdienstes zusammenhängen.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten auch für Beteiligungen von Unternehmen der Luftfahrt an einem Pool oder einer Betriebsgemeinschaft und insbesondere für die Beteiligung der Gesellschaft „Aktiebolaget Aerotransport“ an dem Konsortium „Scandinavian Airlines System“.

(4) Absatz 1 ist entsprechend auf die Gewerbesteuer anzuwenden, die von einer anderen Bemessungsgrundlage als den Einkünften erhoben wird.

håller affärsförbindelser i denna andra stat (antingen genom ett fast driftställe eller annorledes), skall icke i och för sig medföra att någondera juridiska personen betraktas såsom ett fast driftställe för den andra juridiska personen.

Artikel 6

§ 1. Därest ett företag i en av staterna deltagar i ledningen av ett företag i den andra staten eller äger inflytande å detta företag i ekonomiskt hänseende och på grund härav med detta andra företag avtalar eller för detsamma föreskriver sådana villkor i fråga om företagets handelsförbindelser eller andra ekonomiska förbindelser, vilka avvika från de villkor, som skulle hava avtalats med ett oberoende företag, må inkomst, som under normala förhållanden skulle hava tillkommit ettdera företaget men som på grund av villkoren ifråga icke tillkommit detta företag, inräknas i detta företags inkomst och beskattas i överensstämmelse därmed.

§ 2. Paragraf 1 äger motsvarande tillämpning i förhållandet mellan två företag i sådana fall, då samma person eller personer, direkt eller indirekt, deltaga i företagets ledning eller äga del i deras kapital.

Artikel 7

§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna uppbär inkomst genom utövande av sjöfart eller luftfart i internationell trafik, äger — oberoende av bestämmelserna i artikel 4 — allenast den av de båda staterna beskatta inkomsten, i vilken orten för det ifrågavarande företagets verkliga ledning är belägen. Det sagda gäller oavsett huruvida rörelsen bedrivs med egna eller chartrade fartyg eller luftfartyg.

§ 2. Paragraf 1 tillämpas även då ett sjöfarts- eller luftfartsföretag i den ena staten bedriver agenturverksamhet på den andra statens område för transport av personer eller varor. Det sagda gäller dock allenast för så vitt verksamheten har omedelbart samband med sjöfarts- eller luftfartsrörelsen, härunder inbegripen transporten till och från fartygen eller luftfartygen.

§ 3. Bestämmelserna i paragraferna 1 och 2 tillämpas även i fall da luftfartsföretag deltaga i en pool eller en gemensam trafikorganisation, särskilt beträffande Aktiebolaget Aerotransports deltagande i konsortiet Scandinavian Airlines System.

§ 4. Paragraf 1 skall äga motsvarande tillämpning i fråga om den näringskatt, vilken utgår på annat beskattningsunderlag än inkomst.

Artikel 8

Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus der Veräußerung einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, die ihren Wohnsitz in dem anderen Staat hat, so hat der erstgenannte Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Werden diese Einkünfte durch eine im anderen Staat gelegene Betriebsstätte erzielt, so steht das Besteuerungsrecht nur diesem anderen Staat zu.

Artikel 9

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten aus dem anderen Staat Einkünfte aus Lizenzgebühren oder anderen Vergütungen für die Benützung oder das Recht auf Benützung von Urheberrechten, Patenten, Gebrauchsmustern, Herstellungsverfahren, Warenzeichen oder ähnlichen Rechten (außer Rechten, die die Ausbeutung von Grund und Boden betreffen), so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Sind jedoch derartige Vergütungen unverhältnismäßig hoch, so gilt der erste Satz lediglich für den Teil der Vergütungen, der einer angemessenen Gegenleistung entspricht. Insoweit solche Vergütungen einer angemessenen Gegenleistung nicht entsprechen, hat der andere Staat unter Beachtung der übrigen Bestimmungen dieses Abkommens das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Lizenzgebühren im Sinne des Absatzes 1, die von einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten an eine Person mit Wohnsitz im anderen Staat bezahlt werden, die zu mehr als 50 v. H. am Grund- oder Stammkapital der auszahlenden Kapitalgesellschaft beteiligt ist, können abweichend von den Bestimmungen des Absatzes 1 in dem erstgenannten Staat besteuert werden; die Steuer darf jedoch 10 v. H. des Rohbetrages der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Auf Antrag des Empfängers der Lizenzgebühren ist diese Steuer vom anderen Staat auf seine Steuer anzurechnen, die auf diese Einkünfte entfällt.

(3) Absatz 1 gilt auch für die Einkünfte aus der Veräußerung der dort genannten Rechte.

(4) Wie Lizenzgebühren werden Mietgebühren und ähnliche Vergütungen für die Überlassung kinematographischer Filme, für die Benützung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Überlassung gewerblicher Erfahrungen behandelt.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten eine Betriebsstätte in dem anderen Staat hat

Artikel 8

Då en person med hemvist i en av staterna förvärvar inkomst genom att avyttra en andel i ett sådant bolag med hemvist i den andra staten, vars delägare icke personligen ansvara för bolagets förbindelser (Kapitalgesellschaft), äger förstnämnda stat beskatta denna inkomst. Därest inkomsten ifråga förvärvas genom ett i den andra staten beläget fast driftställe, äger allenast denna andra stat beskatta inkomsten.

Artikel 9

§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna från den andra staten uppbär royalty eller annan ersättning för nyttjandet av eller rätten att nyttja litterära eller konstnärliga verk, patent, mönster, fabrikationsmetoder, varumärken eller annan dylik egendom (med undantag av rätten att nyttja naturtillgångar), äger hemviststaten beskatta inkomsten ifråga. Överstiger emellertid den för egendomen ifråga erlagda ersättningen ett skäligt belopp, gäller vad nu sagts allenast den del av ersättningen, som motsvarar ett sådant skäligt belopp. Till den del ersättningen icke motsvarar ett skäligt belopp, äger — med iakttagande av föreskrifterna i övrigt i detta avtal — den andra staten beskatta inkomsten ifråga.

§ 2. Då royalty, som i paragraf 1 avses, utbetalas av ett sådant bolag med hemvist i en av staterna, vars delägare icke personligen ansvara för bolagets förbindelser (Kapitalgesellschaft), till en person med hemvist i den andra staten, vilken person äger mer än 50 procent av aktie- eller insatskapitalet i det utbetalande, bolaget, må dock royaltyn, oberoende av bestämmelserna i sagda paragraf, beskattas i den förstnämnda staten. Skattesatsen får dock icke överstiga 10 procent av royaltyns bruttobelopp. På ansökan av den, som uppburit royaltyn, skall den sålunda uttagna skatten i den andra staten avräknas å dess på royaltybeloppet belöpande skatt.

§ 3. Paragraf 1 är även tillämplig å inkomst, som förvärvas genom avyttring av i paragrafen angiven egendom.

§ 4. Med royalty likställas hyresavgifter och liknande ersättningar för överlåtelse av kinematografisk film, för nyttjande av utrustning avsedd för industriell, kommersiell eller vetenskaplig verksamhet eller för överlåtelse av i rörelse gjorda erfarenhetsrön.

§ 5. Paragraferna 1—4 äga icke tillämpning i sådana fall, då en person med hemvist i en av staterna innehar ett fast driftställe i den andra

und die Einkünfte durch diese Betriebsstätte erzielt. In diesem Fall hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 10

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus beweglichem Kapitalvermögen aus dem anderen Staat, so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Werden diese Einkünfte durch eine im anderen Staat gelegene Betriebsstätte erzielt, so steht das Besteuerungsrecht diesem anderen Staat zu.

(2) Soweit im anderen Staat die Steuer von inländischen Kapitalerträgen im Abzugsweg an der Quelle erhoben wird, wird das Recht zur Vornahme dieses Steuerabzuges durch Absatz 1 nicht berührt. Wenn die Steuer im Abzugsweg erhoben wird, ist sie auf Antrag rückzuerstatten. Der Antrag auf Rückerstattung muß innerhalb von zwei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die der Steuer unterliegende Leistung fällig geworden ist, bei der zuständigen Behörde des Wohnsitzstaates eingebracht werden.

(3) Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten werden sich über das Verfahren zur Durchführung der Entlastung von den im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuern von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen, insbesondere über die Form der erforderlichen Bescheinigungen und Anträge, über die Art der beizubringenden Beweise sowie über die gegen die mißbräuchliche Geltendmachung von Entlastungsansprüchen zu treffenden Maßnahmen verständigen. Hierbei soll keiner der beiden Staaten verpflichtet werden, Maßnahmen zu treffen, die seiner Gesetzgebung nicht entsprechen.

(4) Bezüglich der Ansprüche, die nach Absatz 2 den Angehörigen diplomatischer oder konsularischer Vertretungen sowie den internationalen Organisationen, ihren Organen und Beamten zustehen, sind die folgenden Regeln anzuwenden:

- a) Bei Angehörigen einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung des einen Staates, die im anderen Staat oder in einem dritten Staat residieren und die Staatsangehörigkeit des Entsendestaates besitzen, gilt der Wohnsitz als in diesem letzteren Staat gelegen, sofern sie dort zur Entrichtung direkter Steuern von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen, die im anderen Staat einer im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuer unterliegen, verpflichtet sind;
- b) internationale Organisationen und ihre Organe sowie die Beamten solcher Organisationen und das Personal diplomatischer oder konsularischer Vertretungen eines

staten och förvärvar inkomsten genom detta driftställe. I dylikt fall äger denna andra stat beskatta inkomsten.

Artikel 10

§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna uppbär inkomst av kapital från den andra staten, äger hemviststaten beskatta denna inkomst. Därest inkomsten ifråga förvärvas genom ett i den andra staten beläget fast driftställe, äger denna andra stat beskatta inkomsten.

§ 2. Såframt i den andra staten skatt å inländsk kapitalavkastning uttages genom avdrag vid källan, beröres ej rätten att verkställa dylikt skatteavdrag av bestämmelsen i paragraf 1. Därest skatt uttages genom sådant avdrag, skall densamma på ansökan restitueras. Ansökan om restitution skall hava ingivits till vederbörlig myndighet i hemviststaten inom två år efter utgången av det kalenderår, under vilket det beskattningsbara beloppet blivit tillgängligt för lyftning.

§ 3. De högsta finansmyndigheterna i de båda staterna skola träffa överenskommelse angående förfarandet för genomförande av befrielse från de genom avdrag vid källan uttagna skatterna å inkomst av kapital, särskilt rörande formen för de erforderliga intygen och ansökningarna, rörande de slag av bevis, som skola företes, ävensom beträffande de åtgärder, som böra företagas till förebyggande av missbruk vid framställande av anspråk på skattebefrielse. Härvid skall ingendera staten vara förpliktad att vidtaga åtgärder, vilka icke stå i överensstämmelse med dess lagstiftning.

§ 4. Beträffande de anspråk, som enligt paragraf 2 må tillkomma personal vid beskickningar och konsulat ävensom internationella organisationer, deras organ och tjänstemän, skola följande bestämmelser äga tillämpning:

- a) Då en person tillhör en av staternas beskickning eller konsulat och i denna sin egenskap är stationerad i den andra staten eller i en tredje stat samt personen äger medborgarskap i den förstnämnda staten, anses han äga hemvist i denna förstnämnda stat, såframt han där är skyldig att erlägga skatt å sådan inkomst av kapital, som i den andra staten är underkastad skatt genom avdrag vid källan.
- b) Internationella organisationer och deras organ ävensom dylika organisationers tjänstemän samt personer tillhörande en tredje stats beskickning eller konsulat,

dritten Staates, die sich in einem der beiden Staaten aufhalten oder dort residieren und in diesem Staat von der Entrichtung direkter Steuern von Einkünften aus beweglichem Kapitalvermögen befreit sind, haben keinen Anspruch auf Entlastung von den im anderen Staat im Abzugsweg an der Quelle erhobenen Steuern.

(5) Steht dem Einkommensempfänger bereits nach der Gesetzgebung des steuererhebenden Staates ein Anspruch auf völlige Entlastung von den Quellensteuern zu, so kann die Entlastung nicht gemäß Absatz 2 dieses Artikels, sondern nur nach der inneren Gesetzgebung des genannten Staates erfolgen.

(6) Dividenden oder Gewinnanteile, die von einer Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten an eine Kapitalgesellschaft mit Wohnsitz in dem anderen Staat ausgeschüttet werden, sollen in diesem anderen Staat steuerbefreit sein, aber nur insöfern die Dividenden oder Gewinnanteile gemäß den Gesetzen dieses Staates von der Besteuerung ausgenommen wären, wenn die beiden Gesellschaften ihren Wohnsitz in diesem Staat gehabt hätten. Bei der Anwendung dieser Vorschrift wird in Schweden eine österreichische Gesellschaft mit beschränkter Haftung wie eine Aktiengesellschaft behandelt.

(7) Als Einkünfte aus beweglichem Kapitalvermögen gelten Dividenden und andere Gewinnanteile aus Aktien, Kuxen, Genußscheinen, Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften sowie Zinsen aus Obligationen oder anderen Schuldverpflichtungen, auch wenn solche grundbücherlich sichergestellt sind.

Artikel 11

(1) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus freien Berufen, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte nur insoweit, als die Person ihre Tätigkeit in dem anderen Staat unter Benützung einer ihr dort regelmäßig zur Verfügung stehenden ständigen Einrichtung ausübt.

(2) Artikel 4 Absatz 3 gilt sinngemäß.

(3) Als freier Beruf gilt insbesondere die selbständige wissenschaftliche, künstlerische, schriftstellerische, unterrichtende oder erzieherische Erwerbstätigkeit und die selbständige Erwerbstätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure, Wirtschaftstreuhänder und Patentanwälte.

vilka uppehålla sig eller i sin berörda egenskap äro stationerade i en av de båda staterna samt därstädes äro befriade från att erlägga skatt å inkomst av kapital, hava ej något anspråk på befrielse från skatt uttagen i den andra staten genom avdrag vid källan.

§ 5. I sådana fall, då redan jämlikt lagstiftningen i den stat, som uttager skatten, rätt till fullständig befrielse från källskatt tillkommer inkomsttagaren, må sådan befrielse icke erhållas enligt paragraf 2 i denna artikel utan allenast jämlikt den interna lagstiftningen i sagda stat.

§ 6. Utdelning eller vinstmedel, som av ett sådant bolag med hemvist i en av staterna, vars delägare icke personligen ansvara för bolagets förbindelser (Kapitalgesellschaft), utbetalas till ett dylikt bolag med hemvist i den andra staten, skall vara fritagen från beskattning i denna andra stat i den utsträckning som utdelningen eller vinstandelen enligt lagstiftningen i denna andra stat skulle hava varit undantagen från beskattning, därest båda bolagen hade ägt hemvist i denna stat. Vid tillämpning av denna bestämmelse skall i Sverige ett österrikiskt bolag med begränsad ansvarighet (Gesellschaft mit beschränkter Haftung) anses såsom ett aktiebolag.

§ 7. Såsom inkomst av kapital anses utdelning och annan vinstandel belöpande å aktier, delaktighetsbevis i gruvföretag (Kuxe), vinstandelsbevis (Genußscheine), andelar i bolag med begränsad ansvarighet (Gesellschaften mit beschränkter Haftung) och andelar i ekonomiska föreningar (Genossenschaften), ävensom ränta å obligationer eller andra skuldförbindelser, även om dessa äro utfärdade med säkerhet i fast egendom.

Artikel 11

§ 1. Då en fysisk person med hemvist i en av staterna förvärvar inkomst av fritt yrke, äger den andra staten beskatta inkomsten allenast i den mån personen där utövar sin verksamhet under användande av en stadigvarande anordning, som regelmässigt står till hans förfogande.

§ 2. Artikel 4 paragraf 3 skall äga motsvarande tillämpning.

§ 3. Till fria yrken räknas särskilt självständigt bedriven vetenskaplig, konstnärlig, litterär, undervisande och uppfostrande förvärvsverksamhet samt självständigt bedriven förvärvsverksamhet som läkare, advokat, arkitekt, ingenjör, revisor och patentombud.

Artikel 12

Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied oder nichtgeschäftsführendes Mitglied des Verwaltungsrates oder ähnlicher überwachender Organe Vergütungen von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Genossenschaften, die den Ort der tatsächlichen Leitung in dem anderen Staat haben, so hat der erstgenannte Staat das Besteuerungsrecht für diese Vergütungen. Der Staat, in dem sich der Ort der tatsächlichen Leitung der auszahlenden Gesellschaft oder Genossenschaft befindetet, bleibt jedoch berechtigt, von diesen Vergütungen eine besondere Steuer (Aufsichtsratsabgabe) zu erheben.

Artikel 13

(1) Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen), die in dem anderen Staat ausgeübt wird, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

(2) Abweichend von Absatz 1 können Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Arbeitnehmer seinen Wohnsitz hat, wenn dieser Arbeitnehmer entweder

- a) sich vorübergehend, insgesamt nicht länger als 183 Tage während eines Kalenderjahres, in dem anderen Staat aufhält und für seine während dieser Zeit ausgeübte Tätigkeit von einem Arbeitgeber entlohnt wird, der seinen Wohnsitz nur in dem erstgenannten Staat hat, und für seine Tätigkeit nicht zu Lasten einer in dem anderen Staat befindlichen Betriebsstätte oder ständigen Einrichtung des Arbeitgebers entlohnt wird, oder
- b) ausschließlich oder vorwiegend an Bord von Flugzeugen eines Unternehmens der Luftfahrt eines der beiden Staaten (insbesondere bei dem Konsortium „Scandinavian Airlines System“) tätig ist.

(3) Wenn die Arbeit ausschließlich oder vorwiegend an Bord von Schiffen ausgeübt wird und der Ort der tatsächlichen Leitung des Unternehmens, das die Fahrzeuge betreibt, sich in einem der beiden Staaten befindet, so gilt im Sinne des Absatzes 1 die Arbeit als in diesem Staat ausgeübt.

(4) Absatz 1 gilt nicht für Studenten einer Hochschule, technischen Schule oder ähnlichen Lehranstalt eines der beiden Staaten, die gegen Entgelt bei einem Unternehmen in dem anderen Staat nicht länger als 100 Tage während eines Kalenderjahres beschäftigt werden, um eine praktische Ausbildung zu erhalten.

Artikel 12

Då en fysisk person med hemvist i en av staterna i sin egenskap av ledamot av styrelsen (Aufsichtsrat) eller icke-verkställande ledamot av direktionen (Verwaltungsrat) eller liknande övervakande organ uppbär ersättning från aktiebolag, kommanditaktiebolag, bolag med begränsad ansvarighet (Gesellschaften mit beschränkter Haftung) eller ekonomiska föreningar (Genossenschaften), beträffande vilka orten för den verkliga ledningen är belägen i den andra staten, äger förstnämnda stat beskatta ersättningen ifråga. Den stat, i vilken orten för det utbetalande bolagets eller den utbetalande föreningens verkliga ledning är belägen, är dock berättigad att å den ifrågavarande ersättningen uttaga särskild skatt (skatt å styrelsearvoden).

Artikel 13

§ 1. Då en fysisk person med hemvist i en av staterna förvärvar inkomst av arbetsanställning (löner, arvoden och liknande ersättningar), som utövas i den andra staten, äger denna andra stat beskatta inkomsten ifråga.

§ 2. Oberoende av vad i paragraf 1 stadgas må inkomst av arbetsanställning beskattas allenast i den stat, i vilken arbetstagaren äger hemvist, därest han antingen

- a) uppehåller sig i den andra staten allenast tillfälligtvis — sammanlagt högst 183 dagar under ett och samma kalenderår — samt uppbär ersättning för sin under denna tid utövade verksamhet av en arbetsgivare, som äger hemvist i förstnämnda stat, under sådana förhållanden att ersättningen icke belastar ett av arbetsgivaren i den andra staten innehaft fast driftställe eller en av denne där innehavd stadigvarande anordning, eller
- b) helt och hållet eller till huvudsaklig del fullgör arbete ombord å luftfartyg, som nyttjas av ett luftfartsföretag i en av staterna (särskilt konsortiet Scandinavian Airlines System).

§ 3. Då arbetet helt och hållet eller till huvudsaklig del fullgöres ombord å fartyg och den verkliga ledningen för det företag, som nyttjar fartygen, är belägen å en ort inom en av staterna, anses arbetet vid tillämpningen av paragraf 1 vara utfört i denna stat.

§ 4. Paragraf 1 är icke tillämplig i fråga om studerande vid högskola, teknisk skola eller liknande undervisningsanstalt i en av staterna, vilka mot ersättning äro anställda vid ett företag i den andra staten under högst 100 dagar under ett och samma kalenderår i syfte att erhålla praktisk utbildning.

Artikel 14

Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus freiberuflicher oder nichtselbständiger Arbeit für Tätigkeiten, die in dem anderen Staat für Unterhaltungsarbeiten ausgeübt werden, wie zum Beispiel als Bühnen-, Radio-, Fernseh-, Filmkünstler und Schauspieler, Musiker, Artist und Berufssportler, so steht das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte abweichend von den Bestimmungen des Artikels 11 und des Artikels 13 Absatz 2 nur diesem anderen Staat zu. Die Bestimmungen des Artikels 9 Absatz 1 bleiben unberührt.

Artikel 15

Bezieht eine natürliche Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten aus dem anderen Staat Ruhegehälter, Witwen- oder Waisenpensionen sowie andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistungen, so hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte.

Artikel 16

(1) Bezieht eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten Einkünfte aus Gehältern, Löhnen und ähnlichen Vergütungen oder aus Ruhegehältern, Witwen- und Waisenpensionen, die der andere Staat oder die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechtes jenes anderen Staates für gegenwärtige oder frühere Dienst- oder Arbeitsleistungen gewähren, so hat abweichend von den Bestimmungen der Artikel 13 und 15 dieser andere Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte. Das gleiche gilt auch für Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung dieses anderen Staates.

(2) Absatz 1 findet keine Anwendung

- a) auf Zahlungen, die an Personen geleistet werden, welche die Staatsangehörigkeit des erstgenannten Staates besitzen,
- b) auf Zahlungen für Dienste, die im Zusammenhang mit einer in Gewinnerzielungsabsicht durchgeführten gewerblichen Tätigkeit einer der in Absatz 1 genannten juristischen Personen geleistet werden oder geleistet worden sind.

(3) Ob eine juristische Person eine solche des öffentlichen Rechtes ist, wird nach den Gesetzen des Staates entschieden, in dem sie errichtet ist.

Artikel 17

Studenten, Lehrlinge, Praktikanten und Volontäre eines der beiden Staaten, die sich nur zu Studien- oder Ausbildungszwecken in dem an-

Artikel 14

Då en fysisk person med hemvist i en av staterna förvärvar inkomst i den andra staten — antingen under utövande av fritt yrke eller på grund av arbetsanställning — genom verksamhet, vars ändamål är att bereda underhållning, t. ex. såsom teater-, radio-, television- eller filmartist, skådespelare, musiker och professionell idrottsman, äger — oberoende av bestämmelserna i artikel 11 och artikel 13 paragraf 2 — allenast denna andra stat beskatta inkomsten ifråga. Bestämmelserna i artikel 9 paragraf 1 beröras icke härav.

Artikel 15

Då en fysisk person med hemvist i en av staterna uppbär från den andra staten pensioner, änke- och pupillpensioner därunder inbegripna, ävensom andra belopp eller i penningar uppskattbara förmåner på grund av förutvarande arbetsanställning, äger hemviststaten beskatta denna inkomst.

Artikel 16

§ 1. Då en person med hemvist i en av staterna uppbär lön, arvode eller liknande ersättning eller pension, änke- och pupillpensioner därunder inbegripna, av den andra staten eller av delstat, kommun, kommunalförbund eller annan offentligjuridisk person i den staten på grund av förhandenvarande eller tidigare arbetsförhållande, äger — oberoende av bestämmelserna i artikel 13 och 15 — denna andra stat beskatta inkomsten ifråga. Det sagda gäller även i fråga om belopp, som utbetalas på grund av lagstadgad socialförsäkring i denna andra stat.

§ 2. Paragraf 1 äger icke tillämpning å

- a) ersättningar till personer, som äga medborgarskap i den förstnämnda staten,
- b) ersättningar för tjänster, vilka utföras eller utförts i samband med rörelse, som den i paragraf 1 åsyftade juridiska personen bedrivit i förvärvssyfte.

§ 3. Frågan, huruvida en juridisk person är offentligjuridisk, skall bedömas enligt lagstiftningen i den stat, i vilken densamma tillkommit.

Artikel 17

Studierande, lärlingar, praktikanter och volontärer från en av staterna, vilka allenast i studie- eller utbildningssyfte uppehålla sig i den andra

deren Staat aufhalten, werden von den für ihren Lebensunterhalt, ihre Studien und ihre Ausbildung empfangenen Bezügen in diesem anderen Staat nicht besteuert, wenn ihnen diese Bezüge aus dem erstgenannten Staat oder sonst aus dem Ausland zufließen.

Artikel 18

(1) Das Besteuerungsrecht für Vermögen einer Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten, soweit es besteht aus:

- a) unbeweglichem Vermögen (Artikel 3),
- b) Vermögen, das einem gewerblichen Unternehmen dient (Artikel 4 und 7),
- c) Vermögen, das der Ausübung freier Berufe dient (Artikel 11),

hat der Staat, dem das Besteuerungsrecht für die Einkünfte aus diesem Vermögen zusteht.

(2) Das Besteuerungsrecht für anderes Vermögen einer Person hat der Staat, in dem diese Person ihren Wohnsitz hat.

(3) Hinsichtlich der in den Absätzen 1 und 2 angeführten Fälle finden die Bestimmungen des Artikels 10 Absatz 6 sinngemäß Anwendung.

(4) Das Vermögen einer juristischen Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten darf in dem anderen Staat keiner Besteuerung unterworfen werden, die höher oder belastender ist als die Besteuerung des Vermögens einer juristischen Person derselben oder ähnlicher Art mit Wohnsitz im anderen Staat.

Artikel 19

Die Vorschriften der schwedischen Gesetze über die Einkommens- und Vermögensbesteuerung ruhender Erbschaften finden insoweit keine Anwendung, als für das aus der Erbschaft herrührende Einkommen und Vermögen der Erwerber in Österreich nach den Bestimmungen dieses Abkommens unmittelbar zur Steuer herangezogen wird.

Artikel 20

(1) Einkünfte und Vermögen, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens der Besteuerung in einem der beiden Staaten unterliegen, dürfen in dem anderen Staat auch nicht durch Abzug an der Quelle besteuert werden. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Artikel 9, 10 und 12.

(2) Ungeachtet der Bestimmung des Absatzes 1 beschränkt dieses Abkommen nicht die Befugnis jedes der beiden Staaten, die Steuern bei jenen Personen, die ihren Wohnsitz in seinem Gebiet haben, auf die ihm zur Besteuerung zugewiesenen Einkommensteile oder Vermögensteile zu

staten, unterkastas icke någon beskattning i denna andra stat för belopp, som de mottaga för sitt underhåll, sina studier eller sin utbildning, därest beloppen ifråga utbetalas till dem från förstnämnda stat eller eljest från utlandet.

Artikel 18

§ 1. Förmögenhet, som äges av en person med hemvist i en av staterna, beskattas allenast i den stat, vilken enligt detta avtal äger beskatta inkomst av samma förmögenhet, såframt förmögenheten består av

- a) fast egendom (artikel 3),
- b) egendom, som nyttjas i rörelse (artikel 4 och 7),
- c) egendom, som nyttjas vid utövningen av fritt yrke (artikel 11).

§ 2. Annan förmögenhet, som äges av en person med hemvist i en av staterna, beskattas allenast i denna stat.

§ 3. Med avseende å fall, som angivas i paragraferna 1 och 2, skola bestämmelserna i artikel 10 paragraf 6 äga motsvarande tillämpning.

§ 4. Förmögenhet, som äges av en juridisk person med hemvist i en av staterna, må i den andra staten icke underkastas någon beskattning, som är högre eller mera tyngande än den beskattning, som åvilar förmögenhet tillkommande en juridisk person av samma eller liknande slag med hemvist i denna andra stat.

Artikel 19

De svenska författningarnas bestämmelser om inkomst- och förmögenhetsbeskattning av oskifta dödsbon tillämpas icke i den mån dödsbodelägare för i dödsboet ingående inkomst eller däri ingående förmögenhet direkt beskattas i Österrike enligt bestämmelserna i detta avtal.

Artikel 20

§ 1. Då rätten att beskatta viss inkomst eller viss förmögenhet enligt bestämmelserna i detta avtal tillkommer en av staterna, får den andra staten icke beskatta denna inkomst eller förmögenhet, och således ej heller genom skatteavdrag vid källan. Bestämmelserna i artikel 9, 10 och 12 beröras dock icke härav.

§ 2. Detta avtal inskränker icke befogenheten för envar av de båda staterna att beträffande personer, vilka äga hemvist inom statens område, uttaga skatt å sådana inkomster eller förmögenhetstillgångar, som denna stat äger beskatta, efter en skattesats, som motsvarar den, som skulle be-

den dem Gesamteinkommen oder Gesamtvermögen des Steuerpflichtigen entsprechenden Sätzen zu berechnen.

Artikel 21

Dieses Abkommen berührt nicht den Anspruch auf etwaige weitergehende Befreiungen, die nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechtes oder besonderen Vereinbarungen den Angehörigen der diplomatischen oder konsularischen Vertretungen zustehen. Soweit auf Grund solcher weitergehenden Befreiungen Einkünfte und Vermögen im Empfangsstaat nicht besteuert werden, bleibt die Besteuerung dem Entsendestaat vorbehalten.

Artikel 22

(1) Weist eine Person mit Wohnsitz in einem der beiden Staaten nach, daß Maßnahmen der Finanzbehörden der beiden Staaten für sie die Wirkung einer Doppelbesteuerung haben oder haben werden, die den Grundsätzen dieses Abkommens widerspricht, so kann sie sich, unbeschadet eines innerstaatlichen Rechtsmittels, an die oberste Finanzbehörde des Staates wenden, in dem sie ihren Wohnsitz hat.

(2) Werden die Einwendungen für begründet erachtet, so soll die nach Absatz 1 zuständige oberste Finanzbehörde, wenn sie auf ihren eigenen Steueranspruch nicht verzichten will, versuchen, sich mit der obersten Finanzbehörde des anderen Staates zu verständigen, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Artikel 23

(1) Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten werden sich die Mitteilungen machen, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Vermeidung von Steuerverkürzungen notwendig sind. Die obersten Finanzbehörden sind jedoch nicht verpflichtet, Auskünfte zu erteilen, die nicht auf Grund der bei den Finanzbehörden vorhandenen Unterlagen gegeben werden können, sondern gesonderte Ermittlungen erfordern würden. Der Inhalt der auf Grund dieses Artikels zur Kenntnis der obersten Finanzbehörden gelangten Mitteilungen ist geheim zu halten, unbeschadet der Befugnis, ihn Personen und Behörden (einschließlich der Verwaltungsgerichte in Schweden) zugänglich zu machen, die nach den gesetzlichen Vorschriften bei der Festsetzung oder Einhebung der Steuern im Sinne dieses Abkommens mitwirken. Diese Personen und Behörden haben die gleiche Verpflichtung wie die obersten Finanzbehörden.

(2) Absatz 1 ist in keinem Falle so auszulegen, daß einem der Staaten die Verpflichtung auferlegt wird,

löpa å den skattskyldiges hela inkomst eller hela förmögenhet. Bestämmelsen i paragraf 1 inverkar icke härå.

Artikel 21

Detta avtal påverkar icke rätten till eventuella, längre gående befrielser, vilka enligt folkrättens allmänna regler eller på grund av särskilda överenskommelser tillkomma diplomatiska eller konsulara befattningshavare. I den mån på grund av sådana längre gående befrielser inkomst och förmögenhet icke beskattas i anställningsstaten, förbehålles beskattningen hemlandet.

Artikel 22

§ 1. Kan en person med hemvist i en av staterna visa att av beskattningsmyndigheterna i de båda staterna vidtagna åtgärder för honom medföra eller kunna medföra dubbelbeskattning i strid mot principerna i detta avtal, äger han — utan att hans rätt att använda sig av i den interna rättsordningen givna rättsmedel därav påverkas — göra framställning hos den högsta finansmyndigheten i den stat, i vilken han äger hemvist.

§ 2. Anses framställningen grundad, skall den enligt paragraf 1 behöriga högsta finansmyndigheten, såframt densamma icke vill avstå från sitt eget skatteanspråk, söka att med den högsta finansmyndigheten i den andra staten träffa överenskommelse till undvikande av dubbelbeskattning.

Artikel 23

§ 1. De högsta finansmyndigheterna i de båda staterna skola utbyta de upplysningar, vilka äro erforderliga för att genomföra detta avtal eller för att förhindra skatteflykt. De högsta finansmyndigheterna äro dock icke förpliktade att meddela sådana upplysningar, som icke kunna lämnas på grundval av hos skattemyndigheterna tillgängligt material utan kräva särskild undersökning. De sålunda utbytta upplysningarna skola behandlas såsom hemliga, dock att desamma må göras tillgängliga för personer och myndigheter (svenska förvaltningsdomstolar härunder inbegripna), vilka enligt i lag meddelade föreskrifter handlägga taxering eller uppbörd av de skatter, som avses i detta avtal. Samma förpliktelse, som åvilar de högsta finansmyndigheterna, åligger jämväl nyssnämnda personer och myndigheter.

§ 2. Paragraf 1 får icke i något fall anses innebära, att någon av staterna är pliktig att

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die seinen gesetzlichen Vorschriften oder seiner Verwaltungspraxis widersprechen,
- b) Einzelheiten mitzuteilen, deren Angabe nach den gesetzlichen Vorschriften des einen oder anderen Staates nicht gefordert werden kann.
- (3) Mitteilungen, die ein gewerbliches oder berufliches Geheimnis offenbaren würden, dürfen nicht gegeben werden.

Artikel 24

(1) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen der beiden Staaten ist, soweit sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, jeder in diesem Abkommen nicht umschriebene Begriff nach den Gesetzen dieses Staates auszulegen, die sich auf die Steuern im Sinne des Abkommens beziehen.

(2) Die obersten Finanzbehörden der beiden Staaten können bei der Behandlung von Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, unmittelbar miteinander verkehren.

(3) Zur Beseitigung von Schwierigkeiten und Zweifeln, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens auftreten, sowie zur Beseitigung von Härten auf Grund einer Doppelbesteuerung bei den Steuern im Sinne dieses Abkommens in Fällen, die in diesem Abkommen nicht geregelt sind, werden sich die obersten Finanzbehörden verständigen.

Artikel 25

(1) Dieses Abkommen soll ratifiziert werden, und zwar schwedischerseits durch Seine Majestät den König von Schweden mit Zustimmung des Riksdags, österreichischerseits durch den Bundespräsidenten der Republik Österreich. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Wien ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 26

(1) Nach Austausch der Ratifikationsurkunden finden die Bestimmungen des Abkommens Anwendung:

- a) in Österreich:
auf die Steuern, die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1958 erhoben werden;
- b) in Schweden:
auf die staatliche Einkommensteuer und die allgemeine Gemeindesteuer, die Gegenstand der Veranlagungen des Kalenderjahres 1960 (hinsichtlich der Einkünfte des Kalenderjahres 1959 oder des entsprechenden Rechnungsjahres) und späterer Kalenderjahre bilden;

a) tillgripa verkställighetsåtgärder, som icke stå i överensstämmelse med dess lagstiftning eller administrativa praxis,

b) meddela upplysningar, vilka icke kunna infordras enligt i lag meddelade föreskrifter i den ena eller den andra avtalslutande staten.

§ 3. Upplysningar, vilka skulle yppa en affärs- eller yrkeshemlighet, få icke utbytas.

Artikel 24

§ 1. Då en av staterna tillämpar detta avtal, skall, såvitt icke sammanhanget annorlunda kräver, varje uttryck, vars innebörd icke angivits i avtalet, anses hava den betydelse, som uttrycket har enligt gällande lagar inom den ifrågavarande staten rörande sådana skatter, som avses i detta avtal.

§ 2. De högsta finansmyndigheterna i de båda staterna må vid behandlingen av frågor, vilka uppkomma i anledning av detta avtal, träda i direkt förbindelse med varandra.

§ 3. De högsta finansmyndigheterna skola träffa överenskommelse då så erfordras till undanröjande av svårigheter eller tvivelsmål, som uppkomma vid detta avtals tolkning eller tillämpning, ävensom till undanröjande av obillighet på grund av dubbelbeskattning i fall, som icke regleras i detta avtal, såvitt fråga är om däri avsedda skatter.

Artikel 25

§ 1. Detta avtal skall ratificeras, för Sveriges del av Hans Maj:t Konungen av Sverige med riksdagens samtycke och för Österrikes del av Republiken Österrikes President. Ratifikationshandlingarna skola snarast möjligt utväxlas i Wien.

§ 2. Detta avtal träder i kraft i och med ratifikationshandlingarnas utväxling.

Artikel 26

§ 1. Efter utväxling av ratifikationshandlingarna skola avtalets bestämmelser tillämpas

- a) i Österrike:
beträffande skatter, som uttagas för tiden efter den 31 december 1958;
- b) i Sverige:
beträffande statlig inkomstskatt och allmän kommunalskatt, som utgå på grund av taxering under kalenderåret 1960 (avseende inkomst under kalenderåret 1959 eller motsvarande räkenskapsår) och senare år;

auf die Kuponsteuer von Dividenden, die nach dem 31. Dezember 1958 fällig werden;

auf die Seemannsteuer, die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1958 erhoben wird;

auf die Abgaben auf besondere Vorteile und Gerechtigkeiten, die für die Zeit nach dem 31. Dezember 1958 erhoben werden;

auf die staatliche Vermögensteuer, die Gegenstand der Veranlagung des Kalenderjahres 1960 (hinsichtlich des Vermögens am Ende des Kalenderjahres 1959) und späterer Kalenderjahre bildet;

auf die sonstigen schwedischen Steuern, die Gegenstand der Veranlagungen des Kalenderjahres 1960 und späterer Kalenderjahre bilden.

(2) Für die Steuern, die für die Zeit bis zur Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens erhoben werden, sind die Bestimmungen des durch den Notenwechsel vom 19. Juli 1951 (ergänzt durch den Notenwechsel vom 14. August 1956) zur Vermeidung der Doppelbesteuerung vereinbarten Gegenseitigkeitsverhältnisses anzuwenden.

Artikel 27

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der beiden Staaten gekündigt worden ist. Jeder Staat kann das Abkommen unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist auf das Ende eines Kalenderjahres kündigen. In diesem Falle wird das Abkommen letztmals angewendet:

a) in Österreich:

auf die Steuern, die für die Zeit bis zum 31. Dezember des Jahres erhoben werden, zu dessen Ende die Kündigung erfolgt ist;

b) in Schweden:

auf die staatliche Einkommensteuer, die staatliche Vermögensteuer und die allgemeine Gemeindesteuer, die Gegenstand der Veranlagungen des Kalenderjahres, das auf das Kündigungsjahr folgt, bilden;

auf die Kuponsteuer von Dividenden, die während des Kündigungsjahres fällig werden;

auf die Seemannsteuer, die für das Kündigungsjahr erhoben wird;

auf die Abgaben auf besondere Vorteile und Gerechtigkeiten, die für das Kündigungsjahr erhoben werden;

auf die sonstigen schwedischen Steuern, die Gegenstand der Veranlagungen des Kalenderjahres, das auf das Kündigungsjahr folgt, bilden.

beträffande kupongskatt å sådan utdelning, som förfaller till betalning efter den 31 december 1958;

beträffande sjömansskatt, som belöper å tiden efter den 31 december 1958;

beträffande bevillningsavgifter för särskilda förmåner och rättigheter, som belöpa å tiden efter den 31 december 1958;

beträffande statlig förmögenhetsskatt, som utgår på grund av taxering under kalenderåret 1960 (avseende förmögenhet vid utgånen av kalenderåret 1959) och senare år;

beträffande övriga svenska skatter, som utgå på grund av taxering under kalenderåret 1960 och senare år.

§ 2. Beträffande skatter, vilka uttagas för tiden före tillämpningen av detta avtal, skola tillämpas de bestämmelser, som på grundval av ömsesidighet till undvikande av dubbelbeskattning överenskommits genom notväxlingen den 19 juli 1951 (kompletterad genom notväxlingen den 14 augusti 1956).

Artikel 27

Detta avtal förbliver i kraft, så länge detsamma icke uppsäges av en av staterna. Envar av staterna må — med iakttagande av en uppsägningstid av sex månader — uppsäga avtalet att gälla vid slutet av ett kalenderår. I händelse av sådan uppsägning skall avtalet sista gången tillämpas:

a) i Österrike:

beträffande skatter, som uttagas för tiden intill den 31 december det kalenderår, till vars slut avtalet uppsagts (uppsägningåret);

b) i Sverige:

beträffande statlig inkomstskatt, statlig förmögenhetsskatt och allmän kommunalskatt, som utgå på grund av taxering under kalenderåret efter uppsägningens år;

beträffande kupongskatt å sådan utdelning, som förfaller till betalning under uppsägningens år;

beträffande sjömansskatt, som belöper å uppsägningens år;

beträffande bevillningsavgifter för särskilda förmåner och rättigheter, som belöpa å uppsägningens år;

beträffande övriga svenska skatter, som utgå på grund av taxering under kalenderåret efter uppsägningens år.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Stockholm am 14. Mai 1959 in je zweifacher Ausfertigung in deutscher und schwedischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

Till bekräftelse härå hava de båda avtalslutande staternas befullmäktigade ombud undertecknat detta avtal och försett detsamma med sigill.

Som skedde i Stockholm den 14 maj 1959 i vardera två originalexemplar å svenska och tyska språken, vilka båda texter äga lika vitsord.

Dr. Rudolf Krippel-Redlich-Redensbruck
Östen Undén

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der in diesem Abkommen enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Finanzen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, den 7. November 1959.

Der Bundespräsident:
Schärf

Der Bundeskanzler:
Raab

Der Bundesminister für Finanzen:
Kamitz

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:
Kreisky

Das vorstehende Abkommen ist am 29. Dezember 1959 in Kraft getreten.

Raab

40.

Nachdem die Konvention über die Regelung der Schifffahrt auf der Donau, welche also lautet:

CONVENTION RELATIVE AU REGIME DE LA NAVIGATION SUR LE DANUBE

L'Union des Républiques Socialistes, la République Populaire de Bulgarie, la République de Hongrie, la République Populaire Roumaine,

КОНВЕНЦИЯ О РЕЖИМЕ СУДОХОДСТВА НА ДУНАЕ

Союз Советских Социалистических Республик, Народная Республика Болгария, Венгерская Республика, Румынская Народная Респу-

(Übersetzung)

KONVENTION ÜBER DIE REGELUNG DER SCHIFFFAHRT AUF DER DONAU

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Volksrepublik Bulgarien, die Republik Ungarn, die Rumänische Volksrepublik, die Ukrainische